

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 27 (1893)

117 (23.5.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-654133](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-654133)

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

XXVII. Jahrgang

Tagesordnung: Berichterstattung des bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn Hugo Hünze aus Berlin.
(Stenographischer Originalbericht der „Nachrichten für Stadt und Land.“)

Ich Ihnen Allen hier nicht einen Augenblick, daß ich
 auch geglaubt habe, daß diese Formel eine richtige sei,
 auf welche der Widerstand gegen die übermäßig er-
 scheinenden Forderungen der Regierung gestützt werden
 könne. Das will ich ganz offen aussprechen, denn
 in dieser wichtigen Frage darf auch nicht ein Winkeln
 meines politischen Betzens unbedacht bleiben. (Bravo! Hoi!)
 Wollen die Herren, die Hoi rufen, Unaufrichtigkeit haben?
 Das glaube ich kaum, damit würde Ihnen, die Sie meine
 Gegner zu sein scheinen, wirklich nicht gebiet sein, dann
 würde ich Ihnen ein Z für ein U machen. Ich kann also
 nur noch einmal wiederholen, daß ich im ganzen Verlaufe
 meiner Darlegungen auch nicht das kleinste Tadeln über
 Sie verheißeln will; Sie haben das Recht, mich bis
 auf die Nieren zu prüfen in dieser Frage. Und ich will
 Ihnen diese Prüfung erleichtern, indem ich ganz offen und
 ehrlich bin in allen Punkten. (Bravo!) Ich habe also an-
 fänglich geglaubt, daß dieser Standpunkt ein richtiger sei,
 aber ich habe diesen Glauben zu einer Zeit gefaßt gehabt,
 in welcher ich die Begründung der Vorlage noch nicht kannte.
 Ich gebe vollständig zu, daß ich mich von einem Strom, der
 in meiner Röhre flutete, habe mit hinreissen lassen, und daß
 ich nicht im richtigen und rechten Moment gleich sehen zu
 laß gefaßt habe, sondern daß ich erst später durch reifliche Über-
 legung und reifliches Studium der Sache mir einen Stand-
 punkt angeeignet habe, auf den ich mich jetzt gestellt habe
 und auf dem ich noch meiner gewissenhaften Überzeugung
 festehen mußte. (Bravo!) Das ist mir von mancher
 Seite verdaß, von anderer ist mir das als richtig an-
 gerechnet worden. (Sehr richtig!) Nun komme ich auf den
 Fraktionsstandpunkt noch einmal zurück. Ich habe von dem
 Moment an, in welchem ich die Begründung der Regierung
 — verzeihen Sie, wenn ich noch eine kleine Paranthese
 mache. Ich werde in diesem Vortrage mich enthalten der
 Darbringung einer Menge detaillierter Zahlen, ich glaube,
 daß die Grundabfassung und Bedeutung der ganzen Vor-
 lage niemandem hier im Saale unbekannt sein wird, da
 dieselbe seit einem halben Jahre und länger ununterbrochen
 den Gegenstand der Diskussion bildet zwischen politischen
 Männern aller Parteien und in den Parteien selbst, ich
 kann also nicht annehmen, daß sie auch nur in irgend einem
 kleinen Teile unbekannt sei. Ich werde mich also bemühen,
 bloß in großen Zügen meine Darlegungen vor Ihnen zu
 geben, damit Sie aus diesen die Ziele erkennen können, die
 ich verfolge. Als ich die Begründung der Regierung für
 die außerordentlich hohe Forderung derselben las, sagte ich
 mir: diese Gründe, die hier vorgeführt sind, diese Darstellung
 der Verhältnisse des deutschen Reichs gegenüber Rußland
 und Frankreich sind mir noch nicht genügend klar gemacht;
 ich erkenne, daß eine Gefahr in der politischen Zusammen-
 stellung, die seit 1870/71 entstanden ist, trotz der Ver-
 mehrungen, die wir bis jetzt genehmigt haben, noch vor-
 handen ist, aber ich bin im Augenblick noch nicht in der
 Lage, zu erkennen, ob das Maß der Vermehrung, welches
 die Regierung vorschlägt, nicht zu hoch gegriffen ist; ich bin
 auch noch nicht im Stande, zu erkennen, ob das deutsche
 Reich und das deutsche Volk überhaupt im Stande sind, diese
 Vermehrung zu leisten an Menschen und Geld. Ich hielt
 mich aber für verpflichtet, von dem Moment an, in welchem
 in der Begründung mit den höchsten Worten nachgewiesen wurde,
 daß nach Meinung der Regierung eine starke Vermehrung
 nothwendig ist, aufs allergenaueste zu prüfen: sind die Dinge,
 welche von Seiten der Regierung dargelegt worden sind,
 richtig, und sind wir im Stande, den Forderungen nachzu-
 kommen? (Bravo! Zurur: Ein deutscher Krieger kennt
 keine Furcht.) Gewiß, der deutsche Krieger fürchtet sich
 nicht, aber wenn ein Deutscher gegen zwei oder drei
 gleichmäßig Starke, wie er selbst ist, ankämpfen muß, so
 wird den deutschen Krieger keine Furcht antommen, aber es
 ist die Möglichkeit vorhanden, daß er selbst bei tapferster
 Gegenwehr unterliegt, und das ist nicht bloß bei einem
 Krieger, sondern bei allen der Fall, wenn sie in dieselben

Verhältnisse hineinkommen. Dies als Antwort auf die kleine Parenthese.

Nun gestatten Sie mir, daß ich in den eigentlichen Gang meines Vortrages wieder zurückkomme; es ist nicht leicht, wenn derartige Erörterungen öfter vorkommen; man ist geneigt, immer sofort darauf zu antworten. Ich bitte deshalb die gesamte Zuhörerschaft um Entschuldigungen, wenn ich mich verfahren lasse, ab und zu auf solche Zwischenrufe zu antworten. Meine Herren, diese Prüfung ist mir erleichtert worden dadurch, daß ich von Seiten meiner Fraktion mit in die Kommission geschickt wurde, in welcher die Militärvorlage vorzubereiten war, und ich habe, da ich schon früher Gelegenheit hatte, in einer Militärkommission zu sitzen, hier öffentlich Zeugnis dafür abzulegen, daß noch in keiner Kommission so anhaltend und eingehend gearbeitet worden ist, daß in keiner Kommission von Seiten der Regierung sowohl wie von einzelnen, allerdings nur wenigen Mitgliedern so eingehend und gründlich die Zahlen der Regierung geprüft worden sind, wie in dieser Kommission, jedoch jeder, der nur annähernd ein Verständnis für die Dinge im Heere hat und auch für die große allgemeine Politik, sich ein ganz klares Bild zu schaffen imstande war, und ich nehme für mich in Anspruch, daß ich mit äußerstem Fleiß bemüht gewesen bin, in das äußerst verzweigte Material einzudringen und auch nicht eine einzige Linie unbenutzt und unerörtert zu lassen. (Zuruf: Das hat Eugen Richter auch gethan.) Ich habe von mir gesprochen, nicht von Herrn Eugen Richter, der genau so gearbeitet hat wie ich, der genau so mit dem tiefsten Verständnis für die allgemeine Politik und Finanzpolitik unermüdet gearbeitet ist, die Sache klar zu machen. Wir haben beide nur von verschiedenen Standpunkten aus die Sache aufgestellt und daher ist die Differenz zwischen Eugen Richter und mir gekommen. (Bravo!) Ich erkenne die Verdienste des Herrn Richter außerordentlich an, aber, meine Herren, ist es Ihnen noch nie vorgekommen, daß Sie mit einem Manne, dem Sie befehlen, in einer Sache nicht derselben Meinung gewesen sind? Dann bitte ich eüßig vorzutreten und sich zu präsentieren und zu sagen: Ich bin der Mann, der nie mit einem Manne Differenzen gehabt hat. (Gelächter und Beifall.) Der Herr scheint die Qualifikation nicht zu haben, denn er ist nicht vorgetreten. (Zurufe, Beifall.) Also, meine Herren, nun weiter! Was verlangt die Regierungsvorlage? Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und nach Möglichkeit die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Diese beiden Forderungen sind seit langen Jahren von der freisinnigen Partei und allen liberalen Männern aufgestellt worden. Sie wissen, daß wir seit 30 Jahren um Erreichung der zweijährigen Dienstzeit gekämpft haben und uns bemüht haben, dieselbe einzuführen. Sie wissen, daß im Programm der deutschfreisinnigen Partei ausdrücklich steht: Volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei möglicher Abkürzung der Dienstzeit. Die mögliche Abkürzung der Dienstzeit, meine Herren, erachte ich unter den gegebenen und bestehenden Verhältnissen in Europa im Augenblick nur durchführbar bis zu zwei Jahren. Eine weitere Verkürzung der Dienstzeit halte ich für eine Schädigung der Wehrkraft und für eine Schädigung der Wehrkraft werde ich mich nie gebrauchen lassen. (Bravo!) Wenn später in Zeiten, in denen Europa geehrt sein wird zwischen seinen Staaten, wenn in diesen utopischen, enträumten Zeiten es einmal so weit kommen wird, daß die Wölfe sich gegenseitig die Sicherheit haben können, sich nicht mehr um der Existenz und der Grenze willen zu bekämpfen, wenn in späteren Jahren die glückliche Zeit gekommen sein sollte — ich werde sie nicht mehr erleben und die meisten von Ihnen auch nicht — dann, meine Herren, werden wir weiter verhandeln können über andere Organisationen der Wehrkraft. Solange aber noch andere Völker und Nationen neben uns leben, welche glauben, das Recht zu haben, mit uns abzurechnen zu können wegen des letzten Krieges, abzurechnen zu können wegen der höheren Stufe der Kultur, die wir haben, solange würde ich es als ein einfaches Verbrechen gegen das Volk halten, wenn wir unsere Wehrkraft schädigen sollten dadurch, daß wir einseitig anfangen, eine so kurze Dienstzeit einzuführen, von der ich nach meiner gewissenhaftesten Überzeugung nur sagen kann, sie reicht nicht aus den Kräften gegenüber, welche andere Völker mit viel weiterer Dienstzeit uns entgegenstellen können. Das ist für die Nation die Grenze, bis zu welcher wir heute gehen können: Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Nun seien wir ehrlich, meine Herren. Wir haben in der deutschfreisinnigen Partei und in allen liberalen Kreisen bis dahin unter zweijähriger Dienstzeit nur verstanden: Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zunächst für die Infanterie, und haben immer offen gelassen die Übertragung derselben auf die technischen Truppen. An die Selbstartillerie hat niemand gedacht, ich habe wenigstens in den vielen Unterhaltungen, die ich früher darüber gepflogen habe, noch nie gehört, daß man glaubt, die fahrende Artillerie zu den Fußtruppen rechnen zu können. Nun kommt die Regierung, nachdem sie bei verschiedenen Truppen ein Probejahr angestellt hat, dazu, eine zweijährige Dienstzeit anzubieten, weit über den Begriff hinaus, den wir bis dahin als Fußtruppe festgehalten hatten. (Hört! Hört!) Es war das ein Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen, die unentzweit aufgestellt worden waren; es ist ferner durch die zweijährige Dienstzeit möglich, eine größere Anzahl von Rekruten einzustellen, wenn man schließt, daß die Präsenzhäute, wie sie bis dahin bestanden hat, aufrecht erhalten werden soll. Ich gebe vollständig zu, daß in einzelnen Kreisen meiner politischen Freunde die Meinung von früher her dahin ging: Unter zweijähriger Dienstzeit verstehen wir eigentlich Verkürzung der Dienstzeit an sich selbst von 3, resp. 2½ auf 2 Jahre, aber nicht Verrückung der Rekruten. Wir haben darunter verstanden, sagen die einzelnen Freunde, daß die Eats der Truppenteile — ich will kurz exemplifizieren, daß das Bataillon, welches 500 Mann stark ist, heruntersetzt wird auf 400 Mann. Da nicht mehr Rekruten eingestellt werden können, wie bisher, so ist das eine direkte Schwächung der Kriegsmacht und dazu wird niemand die

Hand bieten, wie die Verhältnisse liegen. Aber auch diese Freunde haben gedacht und sich gesagt: davon kann jetzt nicht die Rede sein, wir wollen mehr Rekruten einstellen, aber nicht mehr wie der jetzige Etat der Truppenteile beträgt, es sind das 27,000 Mann mehr und das ist der Standpunkt, den die Mehrheit der ehemaligen deutschfreisinnigen Partei von Anfang an festgehalten hat. Ich habe mir nun gesagt: Reicht diese Vermehrung der Rekrutenanzahl von 27,000 Mann hin, um den Hauptzweck der Regierungsvorlage — eine Vermehrung der Kriegsmacht in einem Maße, welches bedeutend größer ist — zu erfüllen? Ich bin im Laufe der Kommissionsverhandlungen ganz klar davon überzeugt worden, daß diese Vermehrung um jährlich 27,000 Mann nicht ausreicht zur Erfüllung dieses militärpolitischen Zweckes. Und dieser militärpolitische Zweck ist folgender: Die Zahlen, welche Deutschland und auch die Deutschland verbündeten Staaten Österreich und Italien in der Kriegsmacht Frankreich und Rußland gegenüber haben, reichen nicht aus, um einen Sieg dadurch zu garantieren, daß man von vornherein sagen kann: Wir drei sind mächtiger als die anderen zwei. Ich habe dann ferner, meine Herren, von Seiten der Regierung den Grund anführen hören und habe ihn als gerechtfertigt für mich acceptieren müssen: Im Falle einer Verwundung kriegerischer Art, welche bloß zwischen dem deutschen Reich und Frankreich entstehen könnte — und diese Gefahr ist ja am allergrößten — müssen wir wenigstens so stark sein, daß wir von Anfang an die Überzeugung haben, daß wir durch die Überlegenheit an Zahl die Aussicht auf einen gesicherten Sieg haben. Ist diese Überlegenheit Zahl vorhanden? Meine Herren, ich spreche jetzt bloß von dem Verhältnisse des deutschen Reichs zu Frankreich in Bezug auf die Zahlen. Es sind uns in der Kommission geheime Zahlen gegeben worden, die jedes einzelne Mitglied kennt, ausnahmslos. Diese geheimen Zahlen zu veröffentlichen, ist uns verboten, weil das Ausland selbstverständlich nicht erfahren darf, wie die Verhältnisse bei uns liegen. Nun sind aber auch öffentliche Zahlen gegeben worden: 3½ Millionen ausgebildeter Streiter auf unserer Seite gegenüber 4 Mill. ausgebildeter Streiter auf französischer Seite. (Sagen bei den Sozialdemokraten.) Diese Zahlen, so lächerlich sie den Herren dort in der Mitte erscheinen mögen, sind doch sehr ernst. Denn 7½ Mill. ausgebildeter Leute an einander bringen zu müssen, weil das eine Volk glaubt, die Moralität des anderen nicht verletzen zu können, das ist ein schweres Schicksal für beide Völker. (Sehr richtig!) Ein so schweres Schicksal, daß nicht bloß diejenigen, welche verpflichtet sind, mit der Waffe in der Hand (Zuruf: Wir wollen gar keinen Krieg!) — Sie werden ihn doch nicht aufpassen können! (Bravo!) — die also verpflichtet sind, für die Gesamtheit des Volkes einzutreten, ihr Leben und ihr Blut zu geben, sondern daß alle Mitglieder ohne Ausnahme mit Frau und Kind auch dabei beteiligt werden. Also etwas Schreckliches liegt wohl kaum in diesen Zahlen. Im Gegenteil, es ist eine sehr ernste Sache. Nun kann ich den Herren aus meiner eigenen Kenntnis der Zahlen, die jedes andere Kommissionsmitglied auch kennt, hiermit die Versicherung abgeben, daß die Verhältniszahlen in der Wirklichkeit sich anders verhalten, wie sie in der Öffentlichkeit gegeben worden sind. Sie sehen also, daß tatsächlich eine Überlegenheit vorhanden ist und vorhanden bleibt auf französischer Seite, wenn wir unser Heerwesen nicht umändern in dem Sinne, wie es die Regierung vorgeschlagen hat. Man hat nun gesagt: Ja, wir haben einen so ausgezeichneten Generalführer, wir vertrauen darauf, daß selbst mit der Zahl, die wir haben, der Sieg für uns gesichert ist. (Unruhe.) Vorher: Ich bitte wiederholt um Ruhe, es ist sonst nicht möglich, den Herrn Redner in allen Ecken des Saales zu verstehen! Nun, meine Herren, ich gemeint worden, die französische Armee sei ja wohl an Zahl stärker, aber diese Zahlen möchten wohl nur auf dem Papiere figurieren. Rein, so ist das nicht. Jungerjährige ununterbrochene Arbeit in der französischen Armee hat aus derselben eine ganz andere Bedeutung geschaffen, wie die Armee im Jahre 1870 uns gegenüber getreten ist. Und vergessen Sie nicht, der Krieg von 1870 ist siegreich geführt worden zum großen Teil auch dadurch, daß wir von Anfang an auch an Zahl nicht bloß in Bezug auf die Führung, überlegen waren. Ich will hier nicht schwarz malen, ich führe hier einfach die Tatsachen an, die jeder kennt, der den Krieg entweder selbst mitgemacht hat, oder nachher Gelegenheit gehabt hat, gewissenhaft die Verhältnisse des Krieges zu studieren. Diese Dinge sind nicht aus der Welt zu schaffen. Auch ich vertraue unsern Generalen und dem Generalführer außerordentlich, ich weiß, daß auch da mit der größten Mühe, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit jeden Tag weiter gearbeitet worden ist für die Organisation des Heeres nach der Richtung hin, daß, wenn wir einmal zum Kriege provoziert und gezwungen werden sollten, das deutsche Volk in seiner Armee eine schneidende und gut geführte Waffe in der Hand hat, mit der es den Übermut des Feindes wohl bändigen kann. Aber Differenzen von der Bedeutung, wie sie vorhanden sind, lassen sich selbst von dem besten Generalführer nicht ausgleichen. (Sehr richtig!) Glauben Sie mir, es ist ein ganz eigenartiges Gefühl, welches der führende Offizier bei Beginn einer Aktion hat, möge es eine Schlacht sein oder ein kleines Scharmügel, wenn er von vornherein weiß: ich habe nicht nur eine gute Truppe in der Hand, die ich ausgebildet habe, von der ich weiß, was ich von ihr verlangen kann, sondern ich habe auch die Aussicht stärker zu sein, wenn auch nur um eine Kleinigkeit; man geht dann ganz anders ins Geschehen, ich weiß das, ich habe es selbst erlebt, als wenn man eine Minderheit hinter sich hat, wenn man sich sagt: und wenn ich meine Leute auch opfern, wird doch die Übermacht den Sieg behalten. Das ist ein Faktor, ein Kraftbewußtsein, mit dem man unter allen Umständen rechnen muß, und welches das deutsche Volk, das um mehr als 10 Millionen stärker ist als das französische, sich nicht aus der Hand nehmen lassen darf (Beifall), denn von dem Momente an, in welchem das französische Volk erkannt haben wird, daß das deutsche Volk gewillt ist, seine ganze Kraft ungeschmälert

einzusetzen für die Aufrechterhaltung des Friedens, und nicht bloß des eigenen Friedens, sondern des Friedens von ganz Europa, von dem Momente an wird das deutsche Reich von Frankreich nicht provoziert werden. (Beifall.) Das Selbst wird mir von jemand dort zugerufen. Meine Herren, sparen Sie aus Ihrer Arbeit soviel wie Sie wollen, (Zuruf: Oho! Das können wir nicht! Ärm. Vorher: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!) und legen Sie dieses Geld ganz nach Ihrer Art aus, oder verbrauchen Sie es heute — das Wissen, das Sie dann in der Zukunft haben, wenn der Feind kommt, wird Ihnen auch genügen, und zwar auf gewaltigste Weise! (Stürmischer Beifall.) Das ist die allgemeine politische Überzeugung von der augenblicklichen Weltlage, und der offizielle Nachweis von der Richtigkeit der Zahlen, der uns von der Regierung gegeben worden ist, ist im Großen und Ganzen von niemandem bezweifelt worden. Es sind in Kleinigkeiten, hierhin und dahin gerechnet, wohl Unterschiede aufgebracht worden, aber im Ganzen ist man nicht im Stande gewesen, den Nachweis zu führen, daß diese Zahlen falsch sind, und diese Zahlen kommen aus den besten Quellen, welche zu ihrer Erbringung überhaupt vorhanden sind — wenn Sie nicht voraussetzen wollen, daß von Seiten der Regierung mit falschen Grundlagen gearbeitet wird; das wäre eine schimpfliche Meinung, meine Herren, denn es wird offiziell bei uns nicht gelogen, das hat schon Fürst Bismarck gesagt. (Oho! Gelächter.) Wenn die Herren doch die Güte hätten, nicht laute auszusprechen, die ein solches bedeuten, nachzuweisen, daß meine Anschauung unrichtig ist an einer einzigen Stelle, daß eine von der Regierung erbrachte Zahl falsch ist, aber zahlenmäßig nachzuweisen, dann beuge ich mich Ihrer höheren Einsicht, (Bravo! Sehr gut!) vorher aber nicht. So mußte ich mich weiter fragen: ist es denn notwendig, eine so große Vermehrung der Kriegsmacht herbeizuführen, wie die Regierung sie fordert? Ich habe mir von vornherein gesagt: ich glaube, daß man etwas sehr hoch gegriffen hat, und ich werde mich bemühen, soviel als es in meinen Kräften steht, die Zahlen herunterzubringen. Und in dieser Beziehung habe ich lange gearbeitet und es ist mir auch gelungen, wenn auch nicht bis zu dem Maße, wie ich geglaubt hatte, daß es möglich sein werde. Warum ist es notwendig, eine solche Überlegenheit zu haben, eine Überlegenheit, die lediglich dem Zwecke dient, den Krieg zu verhindern? Aus einfachen, militärtechnischen Gründen. Ein Krieg, der siegreich durchgeführt werden soll, kann nur siegreich durchgeführt werden, wenn von vornherein von unserer Armee die Offensive ergriffen wird. Ich will Ihnen hier nicht das Kriegstheater von Frankreich vormalen, aber es sind genug unter Ihnen, die es aus persönlicher Anschauung kennen oder aus eingehendem Studium kennen. Wenn man aber bei den vermehrten Kräften und Bereitstellungsmitteln, die Frankreich sich geschaffen hat, unter allen Umständen das Eindringen des Feindes in unser Land verhindern will, so kann man das nicht anders thun, als das man in das Land des Gegners hineinkommt, mit einer solchen Überlegenheit und einer solchen Macht, daß es unmöglich ist, daß auf der anderen Seite, rechts oder links, der Gegner zu uns kommt. Das ist einfach der Begriff der militärischen Offensive. (Zuruf.) Ah, Barbon! Da ist ein Sachverständiger da hinten, der möchte mir etwas widerlegen. Er glaubt jedenfalls, daß man den Feind hindern kann, über die Grenze zu gehen, wenn man ihm mit lauterem Geschrei sagt: Da darfst nicht herüber! (Bravo! Beifall.)

Eine solche Offensive ist in längerer Zeit nur durchführbar und siegreich durchführbar, wenn man ununterbrochen nachschicken kann, wenn man die Linien hindern kann, auf denen man mit der eigenen Armee vorwärts gegangen ist. Ich will mich in diesen strategischen Bildern nicht weiter ergehen, sie sind aber so klar und einfach, daß jeder, der nicht vorzeitiggenommen ist gegen den Feind, wie das ja bei den Herren zu sein scheint, welche nicht glauben wollen, was ich sage, daß jeder einzelne sie als richtig wird anerkennen müssen. (Ärm bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe mir nun die zweite Frage vorgelegt. (Zurufe.) Erkundigen Sie sich einmal bei Ihrem Führer, Herrn Eugen, wie man mit einem Gegner politisch umgeht. Ich habe schon mehrmals mit ihm politisch diskutiert und wir haben uns vollständig friedlich auseinandergelegt, ohne jeden Zorn und jeden Zwißerspruch. Ihr Führer, Herr Eugen, weiß genau, daß politische Differenzen nur ausgeglichen werden können durch gegenseitige Achtung der Meinungen. (Ärm bei den Sozialdemokraten.)

Nun verpöche ich der gesamten Versammlung, mich nicht weiter irritieren zu lassen durch derartige Zurufe, mögen sie kommen, woher sie wollen, weil ich es für richtig halte, der Mehrheit der Versammlung meinen Vortrag ruhig weiterzugeben, als mich auf solche unmotivierten Zwischenrufe einzulassen. Ich habe mich gefragt, nachdem ich zur Erkenntnis gekommen war, daß wir zur Aufrechterhaltung des Friedens eine bedeutende Vermehrung des Heeres notwendig haben, haben wir denn solche gesunde Leute, welche wir in die Armee einstellen können, um den Forderungen gerecht zu werden? Und da bin ich derjenige gewesen, welcher am allerweitesten vorgegangen ist in meinen Zweifeln über die Möglichkeit der Vermehrung der Rekrutenanzahl. Ich habe nachzuweisen versucht, daß absolut Brauchbare in dem Maße, in welchem die Regierung sie verlangt, abgesehen von Überfähigen und Minderfähigen, nicht vorhanden sind. Ich habe nicht bloß in der Kommission Zahlen erbracht, sondern sie auch in der Wochenchrift meines Freundes Barth veröffentlicht, von der aus sie auch wohl in die Zeitungen gekommen sind. Dieser Nachweis von Zahlen ist mir als richtig von der Regierung bekräftigt worden. Es ist richtig, daß wir schon jetzt mehr habe als ganze Anzahlen haben als früher, und das war die Grundlage, von der wir uns sagten, wir stellen jetzt schon Leute ein, die nicht körperlich brauchbar sind. Da wurde mir nachgewiesen: es ist richtig, die Zahlen, die Sie vorgebracht haben von der Vermehrung der ganzen und

halben Javaliden, stimmen vollständig mit den unsrigen überein, aber ich rühre nicht davon her, daß wir minder taugliche haben einstellen müssen, sondern das rührt davon her, daß schon seit Jahren die Heeresverwaltung bemerkt ist, soweit, so rasch wie möglich, diejenigen Schäden zu erkennen, welche zur Javalidierung führen, und wo nur ein kleiner Schaden entsteht wird, da verzichten wir in neuerer Zeit mehr wie früher darauf, ihn beim Dienste zu belassen; wir sind mit einem Wort, sagt die Regierung, gewissermaßen zu Felle gegangen, als das früher der Fall hat sein können, auch deswegen, weil die medizinische Wissenschaft Fortschritte gemacht hat und wir rascher im Stande sind, den Ursprung und Fortschritt eines Leidens zu erkennen, als früher, wir geben auch zu, daß gewisse nervöse Leiden in der Bevölkerung zahlreicher sind als früher. Das Gehen der Arbeit schafft oft nervöse Leiden, die früher nicht vorhanden waren und die beim Militär zum Durchbruch kommen, so daß mehr Leute entlassen worden sind als früher. Ich habe mich dann darauf bezogen, daß die Zahl der Dienuntauglichen größer geworden sei, und ich betone offen, daß ich die Listen, die die Regierung mir entgegenstellt hat, nach meiner Prüfung als richtig anerkenne und mir sagen mußte, eine stetige Vermehrung hat nicht stattgefunden, sondern es ist auf und ab gelaufen in den letzten 15 Jahren, die ich in Betracht gezogen habe. Die Regierung sagt dann: die bedingt Tauglichen, welche wir durch eine kaiserliche Verordnung, in Ausübung eines dem Kaiser gewährten Rechtes, zum aktiven Dienste einstellen können, sind nur befristet mit kleinen Fehlern, sogenannten Schönheitsfehlern, welche nichts weniger wie die Unbrauchbarkeit zur Ausübung des Dienstes bedingen. Da ist eine ganze Reihe von kleinen Fehlern aufgeführt, von denen nachgewiesen wurde, daß sie überhaupt nicht unfähig machen zur Ausübung des Dienstes. Wenn, sagt die Regierung, es notwendig ist, möglichst alle Leute zur Wehrpflicht zu bringen, so können Schönheitsfehler, welche nicht genau zur Uniform passen, um den Mann schon erscheinen zu lassen, nicht mehr genügen, um ihn von dem Erbit für das Vaterland, von der Ausübung der Wehrpflicht zu entbinden. Diese von der Regierung als gerechtfertigt aufgeführte Forderung habe ich näher geprüft und habe meine ganze Zeit der Überlegung dazu benutzt, in den eingehenden Berichten über die Sanitätsverhältnisse der Armee während der letzten 9 Jahre mir persönlich die gewissenhafte Überzeugung zu verschaffen, daß von je 1000 als dienuntauglich während dieser 9 Jahre entlassenen Leuten nur 10 sich befinden, welche mit kleinen körperlichen Fehlern behaftet waren, welche nach der Vorschau die Bedingtauglichkeit begründen; von 1000 zehn, von 100 einer, alle anderen 99 oder 990 sind mit Fehlern behaftet gewesen, die gar keine Beziehung zu der Bedingtauglichkeit haben, sondern die in Krankheitserscheinungen viel schwererer Art lagen. Sie haben eingestellt werden können, weil die Fehler nicht als schon vorhanden erkannt wurden. Wenn ich nun zu der Überzeugung gekommen bin, daß tatsächlich von 100 als dienuntauglich Eingestellten einer erkrankt ist, so mußte ich als erster Mann zu dem Schlusse kommen, die anderen 99 oder überhaupt die große Masse der Bedingtauglichen, von denen auch nur ein Teil jetzt eingestellt werden soll, werden in ihrer Gesundheit nicht geschädigt werden, sondern sie sind körperlich für die Erfüllung des Kriegsdienstes genau so brauchbar wie die, die bisher eingestellt worden sind. Ich habe mich also überzeugt, daß die Wehrforderung von jährlich 30 000 Rekruten wohl genommen werden könnte aus einer weit größeren Zahl von Bedingtauglichen, ohne daß dadurch die Gesundheit der Leute mehr geschädigt wird, als dies durch die Zufälligkeiten des Dienstes geschieht. Diese Waffe, welche ich zunächst gegen die Regierung ins Feld führte, indem ich sagte: Wie glaubt die Regierung, daß sie die nötige Anzahl Tauglicher hat? diese Waffe ist mir in erster Linie Kampfe aus der Hand genommen worden, nicht dadurch, daß die Regierung behauptete: du irrst dich, sondern dadurch, daß ich durch eigenes Studium zu der Überzeugung gekommen bin, daß meine erste Meinung eine irrige war. Und das ist ein pflichtmäßiger Akt jedes Abgeordneten, daß, nachdem er erkannt hat, daß seine erste Meinung irrig war, er es offen bekennen muß. (Bravo.) Das nennt man viel leicht im gewöhnlichen politischen Kampfe „umfallen“, wenn man erst eine Meinung gehabt und sich dann überzeugt hat, daß die Meinung falsch war. Ich nenne das nicht „umfallen“, sondern einfach ehrlich handeln. (Bravo.) Was hat die Einführung der zweijährigen Dienstzeit sonst noch für gute Seiten? Weswegen müssen wir, wie wir das von langer Zeit her verlangt haben, darauf bestehen, daß sie eingeführt wird? Durch die Einführung derselben können wir mehr Rekruten einstellen, mehr Leute in die gleiche Pflicht hinein führen, welche eigentlich allen Staatsbürgern obliegt.

Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist ein Schritt zur Durchführung des Ausgleichs der Lasten des Volkes. Denn dadurch werden weniger Leute befreit von dem Opfer, welches jeder gesunde Staatsbürger dem Staate, dem Reiche bringen muß, sich selbst ausbilden zu lassen als Soldat, um im Kriegsfall das Reich und das Volk zu schützen. Meine Herren! Wenn wir den liberalen Grundbasi, der in der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht liegt, zur vollen Geltung bringen wollen, dann dürfen wir keinen einzigen dienuntaugbaren Mann im Staate haben, der nicht als Soldat seine Pflicht erfüllt hat; denn jeder Befähigte hat die Pflicht, dem Vaterlande zu dienen mit der Waffe in der Hand. Weswegen sollen solche tausende Zurückgebliebene, die an sich gesund sind und die lediglich, weil sie durch das Los befreit sind, — durch einen Zufall —, weswegen sollen die einen allein die schweren Lasten tragen und die anderen befreit sein. Es ist ein Akt der ungerechten Gerechtigkeit. Der Liberalismus beruht auf dem Prinzip nicht nur des gleichen Rechtes, sondern vor allem der gleichen Opfer und daß die zweijährige Dienstzeit einführen und die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen. Ganz durchzuführen wird kaum möglich sein, weil andere Grenzen entgegenstehen, die Grenze der Aufbringung der Mittel, und deswegen habe ich mich bemüht, soweit wie möglich von der Regierungsforderung herunter zu kommen, um

einen Ausgleich zwischen der Einstellung an mehr Rekruten und zwischen den materiellen Anforderungen des Volkes herbeizuführen. Es ist dann vielfach ein Widerstand gegen die Regierungsvorlage aufgetreten, weil Organisationen eingeführt werden sollten, die bis dahin noch nicht im deutschen Heere eingeführt waren. Ich will bloß die beiden wichtigsten anführen, das sind die Neuschaffung der vierten, später sog. Halbbrigade bei jedem Regiment und die Neuaufstellung von 60 Batterien Artillerie. Ich halte mich verpflichtet, auch in diese Details etwas einzugehen, damit Sie alle Gründe erkennen können, durch welche ich schließlich zu einem Ja bei der Vorlage gekommen bin. Meine Herren! Es ist ganz selbstverständlich, daß mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine viel intensivere, zusammenfassendere Ausbildung stattfinden muß, es muß das Studium, was sonst in 3 resp. 2 1/2 Jahren bewältigt wurde, bewältigt werden in 2 Jahren, und niemand von Ihnen wird wohl der Meinung sein, daß wir in der Qualität unserer Soldaten, also in der Höhe der Ausbildung derselben, zu dem Zwecke heruntergehen sollen, sondern jeder wird sagen: die Qualität und Güte der Ausbildung muß aufrecht erhalten werden auch bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Daß das innerhalb 2 Jahren zu schaffen schwerer ist, ist selbstverständlich. Jeder, der in der Sache darin war, ich sehe sogar ein bedeutendes Kopfschütteln vor mir, aber ich möchte bloß darauf aufmerksam machen: wie soll denn der Infanterist z. B. und der Artillerist ausgebildet werden in dem noch meiner Meinung heute wichtigsten Ausbildungswege, im Feldbienstübungen und Schießen? Soll er vielleicht (Zuruf: Einjährige, 10 Wochen!) Sollen Sie einen Einjährigen-Freiwilligen für einen normal ausgebildeten Soldaten? Ich nicht. (Zuruf: Ich auch nicht! Beifall.) Also, meine Herren, wollen Sie das Wichtigste, was den Infanteristen gelehrt wird, seine Kunst zu schießen und seine Waffe im Geleht zu gebrauchen, und wozu wir bisher drei Jahre hatten, wollen Sie daselbe mit denselben Kräften in zwei Jahren fertig bringen? Um die Ausbildung in den eigentlichen und Feldbataillonen erleichtern zu können, ist die Schaffung eines Halbbrigadens vorgeschlagen worden, welches eine Menge kleinerer, hindernder Dienste dem eigentlichen Bataillon abnehmen soll. Es ist ferner bei der Artillerie notwendig geworden die Schaffung von 60 Batterien zu dem Zwecke, die Reservebatterien der Infanterie, welche unmittelbar mit den Linienbatterien ins Feld rücken sollen, zu gleicher Zeit mit der Waffe Artillerie versehen zu können, welche notwendig ist, um den Reserve-Infanteriebatterien den gehörigen Geschützwert und die Widerstandskraft zu geben, welche notwendig ist, um als gleichwertig mit den Truppen in den Kampf gehen zu können. Es giebt ja überall eine Menge Rüstfälle, die andere Organisationen vorzuschlagen können, nicht nur auf dem Gebiete des Militärs, sondern in jedem anderen technischen Fach. Wer ist nicht schon in seinem eigenen Berufe überfragt worden, daß jemand zu ihm kam und sagte: Hör mal, was du da machst, ist falsch, ich habe eine ganz sublimen Idee, andere das um, das wird so viel besser geben. Das ist mit einem Heere wohl nicht so schnell zu machen, es sind da auch unzählige Vorschläge gemacht worden, ich glaube aber, daß keiner so brauchbar ist, als die der Heeresverwaltung gemachten, weil dieselben sich ganz eng anschließen an die schon bestehenden Organisationen, und daß diese schon bestehenden Organisationen gute waren, daß wissen wir ja aus Erfahrung; weswegen also etwas Bedachtetes umändern zu Gunsten eines noch nicht Erprobten, einer Idee, von der man noch nicht den Nachweis hat bringen können, daß sie nur annähernd solchen Wert hat, als das schon Bedachtete? Infolgedessen habe ich mir gesagt: die Vorschläge der verbundenen Regierungen sind gut, soweit ich sie noch als ehemaliger Soldat imstande bin, sie beurteilen zu können. Aber ich habe gewissenhaft geprüft und bin zu der Überzeugung gekommen, daß es richtig ist, auf diesem Wege die Vermehrung herbeizuführen. Weswegen, sagte man nun, will man denn die Etatskräfte besonders der Infanterie noch vermehren? Das ist eine der Hauptfragen. Ja es ist uns nachgewiesen worden, daß im Fall einer Mobilmachung bei der Ausbildung der Rekruten hauptsächlich bei gewissen Truppenteilen, bei denen eine solche Etatsvermehrung vorgesehen war, nicht weniger als 75 % Reservemannschaften eingezogen werden mußten, daß nur 25 % alle Leute da sind, und daß hierdurch die Mobilmachung in eine schwere, wenn auch bloß tagelange Gefahr komme. Daß ich für diesen erkennbar, der von dem Wesen der Mobilmachung auch nur etwas versteht. Und um diese Gefahr zu verhindern, das habe ich mit auch gesagt, ist es nötig, daß die Etats vermehrt werden müssen.

Das sind im großen Ganzen die Gründe, welche mich bewogen haben, zu versuchen, für meine Person zunächst ganz allein die Vorlage annehmbar zu machen durch eine gewisse Verminderung der hohen Forderungen, welche die Regierung uns vorgelegt hatte. In diesem Bestreben wurde ich anfänglich wenig unterstützt, ich war zunächst in meiner Partei allein, später unterstützt von einigen Freunden, noch später von der nationalliberalen Partei, dann auch von den Konservativen. Da vor ich nicht zurückgedreht, daß ich in diesem einen Falle mit den Konservativen zusammen ein Ziel erstrebt habe, denn dieses Ziel der Erringung der Militärvorlage war nach meiner Meinung ein Ziel, welches nicht von Seiten eines einseitigen Parteistandpunktes nur zu beurteilen war, sondern von Seiten des Wohles des ganzen Volkes. Das ganze Volk bedarf des Friedens, um erwerben zu können, und dieses Ziel darf nicht gefährdet werden durch Anschauungen prinzipieller Art von einzelnen Parteien, deswegen habe ich ohne Scheu mich losgelöst von der Meinung der Mehrheit meiner Fraktion und habe mich nicht gescheut, der Fraktion zu sagen: Meine verehrten Freunde, hier kann ich nicht mitgehen aus den Gründen, die ich Ihnen hier schon entwickelt habe. Nun kam die Sache, nachdem sie in der Kommission durchberaten war, ans Plenum des Reichstags. Ich für meine Person, allein stehend in meiner Fraktion, denn erst später schlossen sich mir einige Freunde an, konnte mir nicht anmaßen, einen

Antrag selbst einzubringen, weil der nicht genügende Unterstützung gefunden haben würde. Ich habe daher dem Antrag, welcher von Seiten der Regierung als ein annehmbarer bezeichnet wurde, mich angeschlossen, und ich kann wohl sagen, daß ich nicht ohne Einwirkung dabei geblieben bin, daß eine solche Form gefunden wurde, von der ich glauben konnte, daß eine Mehrheit des Reichstags sich für dieselbe finde. Für mich war das einzige Ziel, welches ich erstrebte in der ganzen Aktion, kein anderes, wie einmal eine solche Verhärtung des Heeres herbeizuführen, von der ich überzeugt war, daß durch dieselbe der Frieden gesichert sei, dann aber auch, um zu verhindern, daß der Reichstag aufgelöst werde. Denn so wie die Parteiverhältnisse sich in letzter Zeit gestaltet haben, mußte ich mir sagen, ganz abgesehen von den militärischen Verhältnissen, daß eine Auflösung des Reichstags in jetziger Zeit zu einer Aufregung im Volke führen würde, welche für daselbe unter keinen Umständen nützlich sei. Ich habe geglaubt, auch für den inneren Frieden im Volke arbeiten und sorgen zu müssen, und ich habe das durch das Opfer befristet, daß ich entgegen der Mehrheit meiner politischen Freunde auf meinem Standpunkte beharre und einfach sagte: Das ist meine Überzeugung, das eine Ziel nach außen ist erstrebenswert fürs Ganze, das zweite Ziel ist die Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern. Es muß verhindert werden, daß der Reichstag aufgelöst wird. Denn in den letzten Wochen haben sich Dinge im Reichstage abgespielt, die von einer solchen exzessiven Natur waren, daß niemand geglaubt hat, daß im Reichstage so etwas vorkommen könnte. Es ist eine solche Aufregung in gewisse Teile des Volkes hineingetragen, daß man sagen mußte, es muß Zeit geschaffen werden, daß diese Exzesse sich abkühlen, deswegen will ich keine Auflösung haben, deswegen sagte ich ja, das sind die inneren Gründe meines Ja. Meine Herren, ich habe mich vor Ihnen als meine Richter gestellt, damit Sie sagen, ob ich gewissenhaft und richtig gehandelt habe oder nicht. (Beifall: Bravo.) Nun, meine Herren, gestatten Sie mir noch ganz kurz, speziell für die nationalliberale Partei gesprochen, einige Worte anzuführen und speziell für meine Parteigenossen aus der deutsch-freisinnigen Partei, um mein Verhalten innerhalb der Fraktion und gegenüber der Parteileitung zu rechtfertigen. Als Mitglied der Kommission erkannte ich, daß, wie schon vorher ausgeführt, ein Abweichen von dem vorher gestellten Fraktionsstandpunkte für mich geboten war. Ich brachte dies zum ersten Mal zum Ausdruck bei der ersten Verhandlung über die vierten Bataillone, bei welcher ich sagte, ich erkenne die Schaffung dieser vierten Bataillone als etwas ungenügend Nütziges an, was ich besonders in Bezug auf die Mobilmachung begründete. Denn für mich ist alle und jede Friedensformation nur zu beurteilen auf ihre Wirkung in Bezug auf die Mobilmachung und den Krieg. Wie viel Leute in die Bataillone hineingehen ich dann später geneigt sein werde, behalte ich mir vor. Dieser Moment war der, wo ich zum erstenmal mit der Fraktion auseinanderging. Wir haben uns dann in einer Fraktionsitzung auseinandergesetzt, bei welcher es, wie ich ausdrücklich hervorhebe, gerade so wie bei den späteren Fraktionsitzungen, nie zu irgendem Vorwurfe gekommen ist, sondern sie sind stets friedlich und in vornehmer Form ausgetauscht worden. Ich bin nicht persönlich angegriffen, ich habe auch niemand persönlich angegriffen. Ich habe der Benutzung, welche, wie man mir sagte, in der freisinnigen Wählerchaft erzeugt worden ist, weil ich diese Anschauungen geäußert habe, dadurch zu begegnen gesucht, daß ich mich verpflichtet habe, nicht weiter meine Anschauungen in der Kommission zu verfolgen und daß ich mich mehr zurückhalten werde. Und diese Zurückhaltung habe ich in der Kommission gewissenhaft ausgeübt, um den Frieden in der Fraktion aufrecht zu erhalten und die Wählerchaft nicht vor der Zeit zu beunruhigen. Ich habe dabei bloß diese eine Bedingung erbeten, und die ist mir auch bewilligt worden, daß ich in Bezug auf mein Verhalten im Plenum und bei der Abstimmung von der Fraktion nicht gebunden werde. Diese Bedingung ist mir bereitwillig gewährt worden und ich habe von ihr Gebrauch gemacht. Ich habe dann in der zweiten Sitzung im Plenum meiner Fraktion gesagt, ich werde entgegengeleitet der Darlegungen für die Mehrheit der Fraktion, für welche wegen Nichter das Wort führen wollte, meinen Standpunkt auch im Plenum kennzeichnen. Man hat mich gebeten, das möglichst kurz zu thun, bloß mit ganz kurzer Begründung. Gut, sagte ich, ich werde auch das thun, um nicht Aufsehen zu erregen, ich werde mich möglichst beschränken, und endlich bin ich gebeten worden, ganz auf das Wort zu verzichten, lediglich aus Rücksicht für die Fraktion. Das letztere ist mir außerordentlich schwer geworden, weil es einen gewissermaßen förmlichen Einbruch machen mußte, wenn ich in der Kommission für etwas eingetreten bin, was im Gegenzug zur Fraktion ist, und dann im Plenum gegen die Anschauungen der Fraktion zu stimmen genötigt bin, ohne die Gründe dafür darzulegen. Ich habe mich auch dann bereit erklärt, weil ich mir sagte, alle Welt ist mit Politik beschäftigt und weiß die Gründe, weshalb ich dem Hünen'schen Antrag zustimme, nur kann das Opfer auch noch als letztes bringen, und ich habe es gebracht, obgleich es mir oft auf der Zunge zu liegen, mich um Worte zu melden und ganz offen und ehrlich meine Meinung zu sagen. Allein ich habe es nicht getan, sondern habe allein der gemäßigten Anschauung in meiner Fraktion das Wort gelassen. Ich habe mich dann bemüht und das habe ich in der Fraktion erklärt: ich werde nicht sprechen, aber ich behalte mir vor, bis zum letzten Augenblick mit allen meinen Kräften dafür zu wirken, daß eine Mehrheit im Reichstage zu Stande kommt für die Bewilligung des Hünen'schen Antrages. (Bravo!) Diese Bemerkungen habe ich an allen Stellen offen und ehrlich innerhalb der Fraktion und außerhalb derselben fortgesetzt, dazu habe ich das Recht gehabt und dieses Recht ist mir gegeben worden durch Beifall der Fraktion. So sind die Dinge verlaufen. Nun kam die Abstimmung. Neben mir stimmten für die Vorlage noch 5 andere, die mittlerweile zu derselben Anschauung gekommen waren wie ich, vielleicht aus anderen Gründen wie ich, nicht

ganz aus denselben, aber doch ähnlichen. In der Fraktions-
sitzung, welche nachher am Abend der Auflösung folgte, wurde
von denjenigen Herren, welche gleich mit mir ja stimmten,
verlangt, daß sie einfach aus der Fraktion auscheiden sollten.
Ich habe in dieser Sitzung kein Wort gesprochen, ich habe
aber früher dargelegt, daß es nicht ein Handeln gegen das
Programm sei, wenn man alles aufbiete, um die zweijährige
Dienstzeit einzuführen und wenn man daran mithelfe, die
allgemeine Wehrpflicht in die Wege zu leiten. Dazu waren
bereits im Rahmen des Programms und ich erkläre
auch heute noch, daß ich mit vollem Recht gehandelt habe,
weil meine Wähler mich nicht gewählt haben auf eine
spezielle Bindung in der Höhe der Friedenspräsenzstärke,
sondern auf treue Innehaltung des Programms und über
dieses Programm bin ich nicht um eines Haars Breite hin-
ausgegangen. (Bravo!) Daß nachher innerhalb der Fraktion
eine Trennung vorkam, darüber nähere Gründe vorzulegen,
hätte ich mich nicht für berechtigt, aber auch nicht verpflichtet;
jedenfalls wissen Sie, daß wir als Freunde auseinander ge-
gangen sind. Wir haben uns scheidlich und friedlich getrennt,
die Namen sind etwas verändert, die Ziele des Liberalismus
sind bei beiden die gleichen geblieben, das hoffe ich wenigstens,
und wir werden den Wahlkampf für Aufrechterhaltung der
Bedeutung des gesamten Liberalismus Schulter an Schulter
kämpfen. Ich bin und bleibe, trotzdem ich in der einen Frage
gegen die Mehrheit meiner Freunde gestimmt habe, aus
innerer Überzeugung ein entschiedener liberaler Mann, der
nicht um ein Zirkelchen noch rechts gerückt ist dadurch, daß er
dieser wichtigen Vorlage hat gelauscht zuhören zu müssen,
um den Frieden zu erhalten. Leider Gottes ist das „scheid-
lich und friedlich“ nicht überall so aufgefaßt worden, wie ich
es im guten Glauben gegeben habe. Ich bin von früheren
Parteilosem, namentlich in Berlin, in öffentlicher Versamm-
lung heftig angegriffen worden, man veripottet mich als den
Sachverständigen der Fraktion; das ist auch schon geschehen
innerhalb der vorangegangenen Verhandlungen, das irritiert
mich aber nicht. Mein Gewissen ist rein, wenn man aber
sagt, wie das in einer Rede in Berlin der Fall gewesen ist,
dieser eine Sachverständige war schon gewiß für uns, so möchte
ich hier erwidern, auch an öffentlicher Stelle, leider war ich
zu wenig und es hätten noch mehr Sachverständige da sein
müssen, um meine ehemaligen Freunde und Genossen zu über-
zeugen von der Notwendigkeit der Heeresvermehrung. Und
wenn man mir entgegenhält, es ist nicht der tote Buchstabe
des Programms allein maßgebend, sondern der Geist ist es,
der aufgefaßt werden muß, so halte ich mich daran, daß der
Geist jedes Programms zuerst wurzelt in der Wahrheit und
so klar und unmißverständlich, wie die Forderungen des § 15
unseres Programms sind, daß die zweijährige Dienstzeit ein-
geführt werden soll, daß die allgemeine Wehrpflicht zur vollen
Durchführung gebracht werde; daran ist nicht zu denken
an Buchstaben, da ich kein Feind eineszweijährigen, das ist
eine positive Forderung, an der nicht zu rütteln ist, und
wer dafür eintritt, verletzt nicht den Geist des Programms,
sondern steht auf dem Boden desselben. (Sehr richtig!) Ich
will nicht weiter auf die Angriffe eingehen, die auf meine
Person gemacht worden sind, weil ich derjenige war, der die
ganze Bewegung, ich möchte fast sagen, in Fluß gebracht hat.
Ich habe nicht daran gedacht, ich habe einfach meine Pflicht
erfüllt, und daß ich eine andere Überzeugung habe und daß
von anderen Seiten mir freundlich entgegengekommen ist, das
ist kein Verbrechen. Ich bin gekommen, den Wahlkampf nach
den Verpflichtungen, wie ich sie übernommen habe, scheidlich
und friedlich durchzuführen, auch gegen die Parteilosen,
welche jetzt links von mir stehen, die freisinnige Volkspartei.
Aber ich habe guten Grund hier zu erklären, wenn ich von
dieser Seite angegriffen werde, dann müßte ich nicht ein
Mann sein, wenn ich mich nicht verteidigen würde. Ich
werde nie der Angreifer sein, ich werde aber nie vor einem
Komitee, das Ihnen hier von dieser Seite aufgedrungen
werden soll, zurücktreten, ich wünsche, daß der Kampf nicht
kommt. Meine Herren, ich habe Ihnen jetzt offen und klar
in vielleicht schon zu langer Zeit dargelegt, wie ich gehandelt
habe, und da die Vertretung der Vertrauensmänner des
Wahlkreises Oldenburg mit der Ehre erwiehen hat, mich von
ihrer Seite als Kandidaten für den bevorstehenden Wahl-
kampf wieder auszuheilen, bin ich hierher gekommen, um vor
der großen Masse der gesamten Wählerchaft Oldenburgs
ohne Unterschied der Partei mich hier richten zu lassen und
mich, wenn ich angegriffen werde, zu verteidigen. Ich bitte
um die Ehre, das Mandat mir wieder anzuvertrauen. (Be-
gafter, anhaltender Beifall. Pfeifen bei den Sozialdemo-
kraten.)

Vorsitzender: Bevor ich die Diskussion über den
Vortrag des Herrn Kandidaten, den Sie soeben gehört haben,
eröffne, erteile ich einer Anfrage, die Herr Hinge bereit
sein wird zu beantworten, Herrn Weffels aus Oldenburg
das Wort.

Weffels: Ich ehre die Überzeugung des Herrn Hinge
von seinem Standpunkte aus, nur eine Frage habe ich an
Herrn Hinge zu richten, wie er sich zu der Frage verhält in
Bezug auf die gesetzliche Dauer der zweijährigen Dienstzeit?

Hinge: Diese Frage kann ich rasch beantworten.
Eine Forderung der freisinnigen Vereinigung, wie dieselbe
in ihrem Bausatz ausgedrückt hat, geht dahin, daß nach
Möglichkeit eine Einigung über die Militärvorlage erreicht
werden solle, daß den Mitgliedern der freisinnigen Ver-
einigung freie Hand gelassen werden solle, unter Festhaltung
des freisinnigen Programms. Die Dauer der zweijährigen
Dienstzeit herbeizuführen, wird von jedem Mitgliede aufs
regste angestrebt werden; ich für meine Person habe es schon
gesagt in einer Menge von Versammlungen, die ich aufgewandt
habe, und ich glaube, wir hätten eine Garantie, eine gesetz-
liche Garantie für Einführung der zweijährigen Dienstzeit
schon in diesem Reichstage erhalten können, wenn nicht durch
den Schluß, der durch die Majorität des Reichstages herbei-
geführt worden ist, es unmöglich geworden wäre,
einen Antrag des Prinzen Carolath zur Beratung
zu bringen, der die gesetzliche Festhaltung der zweijährigen

Dienstzeit bezweckte. Ob dieselbe erreicht werden können
im ersten Anstöße, das weiß ich noch nicht, wir können ja
heute noch nicht wissen, in welcher Form die Regierung
nunmehr den Antrag Hinge wieder einbringen wird, ob pure
oder ob in der neuen Vorlage die zweijährige Dienstzeit
gesetzlich fixiert sein wird. Ich halte es aber absolut für
ausgeschlossen, daß, wenn die zweijährige Dienstzeit einmal
eingeführt ist, es möglich sein wird, die dreijährige Dienst-
zeit wieder einzuführen; das ist eine militär-technische Un-
möglichkeit, und ich gebe nur die Zusage und verspreche, daß
ich alles, was ich in meinen Kräften besitze, daran setzen
werde, die Dauer der Dienstzeit zu fixieren, damit nicht durch
eine unglückliche Rückschüttung das Gute, das wir seit 30
Jahren verlangen, verloren geht.

Vorsitzender: Meine Herren, ich eröffne jetzt die Diskussion.
Ich bemerke dabei, daß ich beabsichtige, die Redner der ver-
schiedenen Parteien, welche das Wort zu haben wünschen,
abwechslend zum Wort kommen zu lassen. Zunächst hat das
Wort Herr Hinge aus Bant, ich bitte, ihn ruhig anzuhören.

Hinge (Sohlbad): Meine Herren! Zuerst möchte ich mich
bagemgen vernehmen, daß ich der Führer der Zwischen-
rufer sein soll, die hier den Referenten, Herrn
Hinge, unterbrechen haben. Ich erkläre hiermit, daß sowohl
ich als unsere kompetenten Vertrauenspersonen diese Herren
auf der linken, die diese Zwischenrufe gethan haben, nicht
kennen und daß wir dies Vergehen im parlamentarischen
Reben verurteilen. Meine Herren! wenn Herr Hinge von
seinem Standpunkte aus die Militärvorlage, die in der That
das ganze politische Leben in einem außerordentlichen Maße
bewegt, behandelt, so ist ihm natürlich absolut nicht beizu-
kommen, das ist klar, aber ich meine, daß, wenn ich an seiner
Stelle gewesen wäre, und die Gegner hätten mir ein Lob
erteilt ob dieser Stellung, ich mich gefragt hätte: mein
Lieber, daß du nicht etwa einen dummen Streich gemacht?
(Geisterst.) Denn gewöhnlich, wenn der Gegner lobt, dann
ist man vielleicht gar- oder überhaupt von seinen Prinzipien
oder sonstigen Anschauungen abgegangen. Umso mehr sage ich
das, weil ich mich wohl noch erinnern kann, daß vor drei
Jahren Herr Hinge ganz entschieden gegen eine weitere Ver-
mehrung der Heeresstärke sich ausgesprochen hat. (Sehr richtig.)
Ich bitte Sie, gar keine Zustimmung oder Zwischenrufe zu
machen, so kommen wir am schnellsten zu Ende, denn die
Atmosphäre ist hier sehr dick. (Geisterst.) Herr Hinge
sagt natürlich: ich habe mich durch die eingehenden Studien
überzeugt, daß der gegenwärtige Standpunkt unhaltbar ist
und daß ich dieser Militärvorlage zustimmen mußte. Ich
behaupte, wenn das Herrn Hinge vielleicht auch irritiert über
ihm wehe thut, da kann ich ihm aber nicht helfen, wäre er
nicht Sachmann gewesen, so würde er nicht zu diesem Urteil
gekommen sein; da liegt der Hase im Pfeffer. Neues hat
Herr Hinge nicht vorgetragen. Wenn Herr Hinge zu dieser
Anschauung gekommen ist, so ist er dazu als Sachmann ge-
kommen, als früherer Militär, das haben mir seine Aus-
führungen bewiesen. Das er sagt: Der Anstich dieser
neuen Vorlage an die früheren Organisationsform sei ein vor-
trefflicher und von einer anderen Seite sei ein besserer
Vorschlag nicht gemacht worden; das steht in der That seine
sachmännische Kenntnis der Organisation. Aber nun kommt
die Replik der Replik. Wenn man sieht, daß diese
Erweiterung der Militärvorlage eine so hochgradige
Bewegung hervorruft und besonders darum, weil man die
Deckungsmittel fürchtet, von denen Herr Hinge leider nichts
gesehen hat (sehr richtig), so muß man doch mindestens den Ge-
danken ventilieren: wenn wir weiter so fortgehen wollen, wo
wollen wir die Deckungsmittel herbekommen? (Beifall bei den
Sozialdemokraten.) Und wenn diese Frage selbst vom freisinnigen
Standpunkt aus beantwortet wird, so muß gesagt werden offen
und ehrlich: es ist auf die Dauer keine Deckung mehr zu be-
kommen, darum kann die Frage nur die sein, die Organisation zu
ändern. Herr Hinge hat im Anfang seiner Rede angepielt auf
utopistische Vorschläge. Ich glaube, er hat damit die Vor-
schläge meiner Parteigenossen im Reichstage gemeint (Hinge:
Nein) oder mindestens das Bestreben der sogenannten Friedensliga;
das will ich aber aus dem Spiel lassen. Ich setze auf dem
Standpunkt, den Bebel vertreten hat in der Kommission und
im Plenum, daß die Gefahr eines Krieges nicht zu unter-
schätzen ist, was ihm das Lob des Reichstagslangers zugeeignet
hat, daß ein Geheimrat nicht besser hätte sprechen können.
Zu der Fortsetzung der Heeresorganisation, der Herr Hinge
zukunfts, sind auf die Dauer die Mittel nicht zu beschaffen,
es muß also umgekehrt werden, und in einer anderen Form
muß der Anstich gesucht werden, die Organisation muß
einer Veränderung unterworfen werden. Herr Hinge hat als
Beispiel angeführt: wenn ich ein Geschäftsmann bin und es
kommt einer zu mir und sagt: wie Du es machst, ist es
nicht recht, wie ich es mache, geht es viel besser, so
muß auch die Volkvertretung sich fragen, ob nicht auf andere
und bessere Weise die Verteidigung des Vaterlandes bewirkt
werden kann. Ich behaupte, daß die Organisation wohl
besser gemacht werden kann und selbst entsprechend der Forde-
rung, daß die Kriegsstärke bedeutend vergrößert wird, und
da gibt es nichts anderes, als wie die Organisation nach
der Willkür hinzuführen. Ich habe mir sagen lassen, daß
Herr Hinge in Bremen erklärt hat, daß er die Umformung
des stehenden Heeres zur Willkür nicht für unmöglich, aber
für heute verfrüht halte. Gut, dann wäre jetzt der Zeit-
punkt gewesen, wo angestrebt werden mußte, um diese Um-
formung zu bekommen, weil es an den Deckungsmitteln fehlt
und die Thatfrage doch besteht, daß es in dieser Weise nicht
mehr fortgehen kann. Die Herren im Reichstage sind schon
viel weitergegangen, als sie sich 1890 verpflichtet haben.
Dieser Militärvorlage borgt man ganz, daß, ehe der Reichs-
tag gewählt war, die Präsenzstärke schon um 18 1/2 Tausend
Mann vergrößert worden ist, 18 Millionen Mehrausgaben und
eine Ertragsausgabe von 40 Millionen bewilligt worden sind,
und so geht es fort und so kommen wir zu der Deckungs-
frage, die gebieterische Antwort verlangt. Bei dem
Antrag Hinge sind 55 Millionen notwendig und ich kann
offen sagen und alle diejenigen, die mit den unteren Schichten

des Volkes verkehren, sagen es, daß sie eine heillose Angst
davor haben, und daß sie den Druck, mag er auch nur
1,20 Mk. pro Kopf betragen, nicht mehr ertragen wollen;
und daß im Kreise der 210 Abgeordneten, die gegen die
Militärvorlage gestimmt haben, gerade dieser wirtschaftliche
Standpunkt ausschlaggebend gewesen ist, wird Herr Hinge
auch nicht leugnen können. Selbst der hervorragende Führer
der National Liberalen, von dem ich, daß diese wirtschaft-
lichen Bedenken angeführt und in einer Rede ausgedrückt
ausgesprochen sind. Wenn er nachher dennoch für die
Militärvorlage eintritt, so ist das zu beklagen, aber
es war nicht anders zu erwarten. Aber im Prinzip
gibt er zu, daß die wirtschaftliche Lage des deutschen
Reiches — und dies ist der springende Punkt, um
den es sich dreht — eine weitere Steigerung der Militä-
lasten nicht mehr erlaubt. Ich will das nicht weiter aus-
führen, ich will nur präzisieren: wenn man sieht, daß es
nicht mehr möglich ist, das Gleichgewicht herzustellen
zwischen den Anforderungen und den vorhandenen
Mitteln, so muß an der Organisation geändert werden,
die Ausgaben müssen geringer werden, und das kann nur ge-
schehen, wenn das heutige Heer umgewandelt wird in ein Mil-
litar, ein Volkshaus. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.) Was
ist das denn anders als die vollständige Ausbildung der all-
gemeinen Wehrpflicht, denn darin gebe ich denjenigen Recht,
die sagen, daß unsere allgemeine Wehrpflicht noch nicht voll-
kommen durchgeführt ist und auch darin, daß in den letzten
10 Jahren eine große Anzahl Tauglicher nicht eingezogen
worden ist. Wir wollen ganz entschieden, daß alle eingezogen
werden, daß wirklich die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt
wird, und zwar in der Form, daß jeder wehrfähige Mann
im Heere dient, aber nur so lange, als zu seiner Ausbildung
für den Krieg notwendig ist. Herr Hinge hält 2 Jahre für
das mindeste Maß, ich bin kein Militärdenker, auch kein
Sachmann, ich bin auch nicht einmal Soldat gewesen, ich
habe mir viele Mühe gegeben, diese Frage zu studieren,
und da habe ich die Überzeugung gewonnen, daß wohl für die
Fußtruppen eine kürzere Zeit genügen würde, um sie kriegs-
bereit auszubilden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Dann
müßte aber auch mit dem System der Einjährigen und der
Ersatzreserve gebrochen werden, und für diejenigen Truppen,
die hauptsächlich in den Krieg ziehen und ausschlaggebend
sind, müßte eine einjährige Übungszeit festgelegt werden.
Und was wäre das anders als der Weg zum Volkshaus? Es
ist in der Kommission meines Wissens nachgewiesen worden
von Bebel, daß die Kosten eines Militärheeres, wie es die
Schweiz hat, die zwar kein Vorbild für mich sein soll, wesent-
lich niedriger sind. Vom Reichstagslangler sind diese Angaben
freilich bestritten worden, aber Herr Hinge's Fraktionskollege
Eugen Dingeldey hat diese Angaben Bebel's als richtig be-
stätigt. Wenn das wahr ist, so ist den Reichsbudget und den
Faschleuten, wie Herrn Hinge, ganz entschieden anzuraten, doch
die Organisation dahin zu ändern, daß die Last des Volkes
geringer wird, ohne daß die Wehrfähigkeit darunter leidet.
Ich nehme an, daß Herr Hinge die Arbeit Friedrich Engels'
gesehen hat über die Sache. (Hinge: Ja!) Um den Ge-
danken, erst einmal den dauernden Frieden anzubahnen, der
allerdings und selbstverständlich notwendig ist und den wir
alle wollen, und damit kein Volk ein Interesse an
einem Kriege hat, um diesen Gedanken zur That werden
zu lassen, schlägt einer unter Theoretikern, Friedrich Engels
in London, vor, internationale Vereinbarungen über
die Höhe der Präsenzstärke zu treffen und über die Höhe
der Übungen. Ich meine, das ist auf jeden Fall eine
Frage, die keine Utopie ist, über die sich reden läßt, eine
Frage, für welche die Diplomaten so viel Zeit haben
mühten, um sie bei ihren anderen Geschäften noch zu ven-
tilieren. Noch eines möchte ich Herrn Hinge fragen, ob ihm
denn nicht aufgefallen ist der Unterschied zwischen der For-
derung der freisinnigen Volkspartei, die also nur
eine Ergänzung der Präsenzstärke haben wollte, wie sie die
zweijährige Dienstzeit mit sich bringt, und dem Antrag Hinge,
das sind doch nur 11 Tausend Mann. Ich meine, bei
einem Kriege, wenn er in Zukunft kommt — und das wird
nach meiner unmaßgeblichen Ansicht ein europäischer Krieg
werden, wo die beiden Feinde im Osten und Westen sofort
ins Treffen kommen — ich meine also, da würden 11
Tausend Mann mehr keine Rolle spielen. Es läßt sich von
vornherein gar nicht sagen, wie die Strategie dann sein
wird, der beste Plan kann durch die Thatfachen über den
Haufen geworfen werden und es ist doch sehr fraglich, ob
diese 11,000 Mann in einem Kriege eine so wichtige Rolle
spielen. Ich will hierbei noch bemerken, daß man selbst in breiten
freisinnigen Kreisen und ganz besonders auch bei uns über
die Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Meinung ge-
wesen ist, daß sie nicht mehr Lasten auf die Schultern des
Volkes wälzen solle, sondern man ist allgemein der Meinung
gewesen, daß in jeder Beziehung diese hauptsächlich eine Er-
leichterung sein soll. Der Regierungsbericht hat nicht nur
kein Entgegenkommen, sondern die Last wird dadurch noch
viel größer. Das ist wieder ein Beweis, daß der Mangel
an der Organisation liegt. Die Frage ist aber noch eine
andere, und ich habe die Überzeugung, daß dieser Wahl-
kampf diese Frage wesentlich klären wird. Wir sagen: der
Militarismus muß bekämpft werden, der Militarismus über-
haupt. Er ist nicht allein dazu da, daß er den Frieden ver-
bürgt, sondern, und das verweige ich auf einen Anspruch
Militar's, er kann auch unter Umständen eine Kriegsgefahr
sein. Denn wenn die Kämpfungen im Frieden so weiter gehen,
so wird eines Tages die eine oder andere Macht sich sagen:
zum Teufel, lieber schlage ich los, dann werde ich die Last
los, als sie bis zum Staatsbankrott zu bringen. Er ist
auch eine Gefahr für das wirtschaftliche Leben, das bezeugt
die Mißstimmung im Volke über die ungeheuren Lasten. Er ist
ferner kulturfeindlich und schon im gewöhnlichen Leben bemerken
wir, welche Einwirkungen in allen Richtungen er mit sich
bringt. Herr Hinge hat vorgin den Einwurf vom Referen-
tanten zurückgewiesen. Ich weiß nicht, in welchem Sinne
(Fortsetzung des Berichts in der 1. Beilage.)

(Fortsetzung des Berichts aus dem Hauptblatte.)

er gemacht worden ist, aber daß der Reservelieutenant zeigt, welche schlimmen Einflüsse der Militarismus ausübt und daß das bürgerliche Leben immer mehr zurückgedrängt wird, ist eine Wahrheit, die man leider nur zu häufig bemerkt. (Sehr richtig!) Gerade in einer Zeit, wie der heutigen, wo, wie Herr Hingé auch sagt, es gilt, die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen, wo es sich darum handelt, den Liberalismus eine Bahn zu brechen, da fühlt man ganz bedenklich, daß es geradezu für eine viel größere Ehre gehalten wird, Reservelieutenant zu werden, als wie z. B. in Wilhelmshaven, Bürgermeister. Erst kommt der Leutnant und dann erst der bürgerliche Beruf. (Sehr richtig!) Will man ferner einen Auswuchs des Militarismus festnageln, so ist es das Militärantwärterswesen. Es giebt heute in den mittleren Schichten eine so große Anzahl von hochintelligenten Leuten, die schwer um ihre Lebensstellung, ums Brot kämpfen, und doch finden wir, daß die Militärantwärterschaft so eingerichtet ist, daß wir in Preußen, die ganze kommunalbedienstetste Volksschicht für die Civilmengen ausgeschlossen ist. Wenn der Militarismus in dieser Form Auswuchs giebt, so genügt es nicht bloß, gewissenhaft zu prüfen, ob er im Interesse der Vaterlandsverteidigung notwendig ist, sondern ob er auch in dieser oder jener Richtung schädlich wird. Dies wären für mich die großen und ganzen meine Einwürfe gegen das, was Herr Hingé vorgebracht hat. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die stehenden Heere, so wie sie jetzt bestehen, und daß die von Herrn Hingé verteidigte Organisation nicht aufrecht erhalten werden können, und daß man so schnell als möglich Hand aus Werk legen muß, um sie umzugestalten. Dieser Wahlkampf wird wesentlich die Situation klären. Aber er bedeutet auch noch etwas anderes. Gerade das Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Deutschfreisinnigen löst mir Bedenken ein, und wenn ich auch von Herrn Hingé die Ueberzeugung habe, daß er für die Antikation des allgemeinen bürgerlichen Lebens nicht sein wird, so habe ich doch Bedenken gegen eine solche Waffenbrüderschaft. Ich glaube, daß ihm diese Waffenbrüderschaft dieselben Unannehmlichkeiten bereiten wird, wie sie ihm bereit worden sind in seiner eigenen Fraktion. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir die letzten 10 Jahre zurückgehen, so finden wir wiederholt, daß bei der Aufhebung des Reichstags immer ein reaktionärer Streich im Hintergrunde droht hat. Zum Sozialistengesetz kam als Beilage die heutige Steuer- und Zollpolitik, bei der Auflösung 1887, wo das Septennat verlangt wurde, kam die Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre. Ich habe von Herrn Hingé mit großem Verstande verstanden, daß er darum für die Annahme des Hünenhagen-Antrags gewirkt hat, um dem Lande die Wahl zu erparieren. Ich meine gerade, die linksliberalen Parteien haben alle Ursache, dafür einzutreten, daß, wenn die Möglichkeit dazu geboten wird, in der Praxis die 5-jährige Legislaturperiode zu durchbrechen, wie jetzt die Gelegenheit war, diese auch ergriffen werden muß, um das Volk aufzurütteln, diesen Beschluß wieder unwirksam zu machen. Mit Bedenken habe ich gehört, daß er nicht angenehm berührt war von dieser Gelegenheit, die 3-jährige Legislaturperiode wieder anzuwenden, denn es sind gerade etwas über 3 Jahre, daß der letztgewählte Reichstag in Tätigkeit getreten ist. Nehmen Sie aus den Vorgängen der letzten Monate die Lehre, daß das Volk auf seiner Hut sein muß, sich wagren muß vor reaktionären Streichen. Geben Sie am 15. Juni demjenigen Ihre Stimme, von dem Sie wissen, daß er diesen fürchterlichen Druck des Militarismus abzuschnitten und die Laß in einer gerechteren Form zu verteilen sucht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender: Herr Hingé hat das Wort zu einer Erweiterung.

Hug (zu den Sozialdemokraten): Ich bitte aber, die Entgegnung des Herrn Hingé ruhig entgegenzunehmen und keine Zwischenrufe zu machen.

Hingé: Ich bitte zunächst Herrn Hug um Entschuldigung, daß ich ihn für den Führer derjenigen Herren gehalten habe, die mich vorhin unterbrochen haben. Ich kenne ja die Physiognomie der Oldenburger Versammlungen. (Rufe: Oho!) Ja, meine Herren, es sind dieselben Geister, die ich schon vor drei Jahren und auch schon im vorigen Jahre hier gesehen habe. (Heiterkeit.) Etwas anderes habe ich damit nicht gesagt, und wenn Herr Hug sagte, daß er nicht in Verbindung mit den Herren steht, so haben Sie das ja mit Herrn Hug auszumachen. Er hat Ihnen gezeigt, wie man mit einem Gegner zusammen diskutieren kann, und ich wiederhole meine Bitte auch an meine Herren Gegner, lernen Sie aus unserem gegenfeitigen Verhalten, wie man politische Gegnerhaft achtet. Ich komme nun zu den einzelnen Erweiterungen, die Herr Hug gemacht hat. Er wirt mir vor, daß ich vielleicht zu sehr nachman bin und daß ich bewegen mich habe bewegen lassen, einzig und allein vom militärischen Standpunkte aus die Sache zu beurteilen. Dieser Vorwurf ist mir ja auch von meinen näheren Freunden schon gemacht worden und mit denselben befindet sich Herr Hug auf demselben Boden. Ich würde mir wunderbar vorgekommen sein, wenn ich eine 25-jährige Vergangenheit in der Armee hätte bei Seite schieben müssen, meine Kenntnisse im Detail und im großen Ganzen hätte verlernen sollen, um lediglich vom rein politischen Standpunkte aus die Sache zu erörtern. Bedenken Sie wohl! Wenn Sie, die Herren von der sozialistischen Partei, bei der sozialen Gesetzgebung mitwirken, so nehmen Sie ja Ihre Fachkenntnisse, die Sie unmittelbar aus dem sozialen Leben schöpfen, auch zu Hilfe; weswegen soll ich, der ich so lange im Militär gelebt habe, nicht dasselbe Recht gebrauchen? Bedenken Sie es einem Juristen, der bei Umänderung eines

Gesetzes seine Erfahrungen aus dem Berufe zu Grunde legt bei der Beurteilung der neuen Vorlage? Nein, werden Sie sagen. Warum wollen Sie dem unglücklichen Soldaten das Recht beschränken, seine Kenntnisse bei einer Vorlage zur Geltung zu bringen, wo er glaubt, etwas tiefer einzubringen wie einer, der nie gebiet hat, der das Heer nur vom Vorbeimarsch auf der Straße kennt, vom Jüselen, der nie eine Waffe in der Hand gehabt hat, der nicht weiß, wie die Organe zusammenwirken zu einem Ganzen und sich so zur Kraft entwickeln. Das sind doch Dinge, die doch ganz naturgemäß sind, und daß ich dabei vollständig meine Qualifikation als Politiker bewahrt habe, das können Sie mir nicht abstreiten. Denn diese Frage ist eine solche, welche über das Wohl des ganzen Volkes, d. h. über die Erhaltung seines Friedens zu befinden hat. Um diesem hochpolitischen Faktor gerecht zu werden, um diesen Schutz zu schaffen, habe ich der Militärvorlage zugestimmt. Daß ich nicht von den Deduktionsmitteln gesprochen habe, hat lediglich darin seinen Grund, weil darüber im Reichstage und auch in der Kommission noch gar nicht verhandelt worden ist, und weil ich ganz genau mußte, daß ich daraufhin interpelliert werden würde. Diese Interpellation ist von Herrn Hug gekommen und ich kann sie mit ganz kurzen Worten beantworten. Ich werde in Bezug auf diese Vorlage für keine Steuer stimmen, welche eine Belastung der unentbehrlichen Lebensmittel der breiten Massen bedeutet; dafür bin ich nicht zu haben, das ist gegen das liberale Prinzip. Sie werden sehen, wie ich mich benehmen werde, wenn die Deckungsfrage zur Geltung kommen wird. Ich glaube, daß eine Steuer, die auf gewisse Vöringelgeschäfte gelegt wird, zu beschließen möglich sein wird und daß wir einen Teil davon werden zur Deckung benutzen können. Ich glaube auch, daß es möglich sein wird, daß die Ungerechtigkeiten, die in der heutigen Art der Besteuerung des Branntweins besteht, zum Teil ausgeglichen werden kann, ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich für eine Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse nicht zu haben bin. Ich will nicht etwa sagen: ich bin unter allen Umständen dafür, daß keine neuen Steuern aufgelegt werden, das ist ganz unmöglich. Ein wachsendes Staatswesen wird nach und nach immer neue Bedürfnisse zu befriedigen haben, um einige zum Wohle des Ganzen werden herangezogen werden müssen. Aber ich werde dafür sorgen und mich bemühen, daß die Steuerlast gerechter verteilt wird, daß der weniger Steuerfähige entlastet und der mehr Steuerfähige dafür belastet wird. (Beifall.) Ich komme nun zu dem, wovon ich erwartet hatte, daß es Herr Hug sagen würde, zu der Anregung, welche Bebel im Reichstage gegeben hat, nimmere die Miliz einzuführen; denn das sei die einzige und wahre Volkswehr. Ganz richtig, wenn wir ein Staat wie die Schweiz wären, sofort bin ich dabei. Da wir aber Deutschland sind, bei der geographischen Lage, in der wir uns befinden, und bei den internationalen politischen Verhältnissen, in welche wir, ich möchte fast sagen, eingeklemmt sind, erkläre ich hiermit, daß zur Zeit die Einführung einer Miliz, wenn nicht die Garantie gegeben wird, daß zur selben Zeit die anderen Großstaaten auch die Miliz einführen, die Vernichtung des deutschen Reiches bedeuten würde. Denn wenn wir auf das schwächere Milizsystem eingehen und die anderen Großstaaten die stehenden Heere beibehalten, so werden wir erdrückt, und das mache ich nicht mit. In der schwierigen Situation, in der sich jetzt das deutsche Reich befindet zwischen Rußland und Frankreich, anfangen, das stehende Heer aufzugeben, lediglich, um das Prinzip der Miliz zur Ausführung zu bringen, dafür wäre der Zeitpunkt heute am aller- schlechtesten gewählt, davon kann keine Rede sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) **Auf:** Einer für alle und alle für einen! Ja, alle für einen, es ist ganz richtig. Wenn Sie aber alle als weniger gut ausgebildete Soldaten sich an die Grenze stellen und Sie haben doppelt so gut ausgebildete Gegner vor sich, dann nützt aller Mut in der Brust und Tapferkeit und Vaterlandsliebe, die ich bei jedem von Ihnen voraussetze, wenn es zum Kriege kommt, gar nichts, dann werden Sie einfach erdrückt. (Oho! 1813!) Wollen Sie die Garantie für den Erfolg übernehmen, wenn Sie als Unausgebildete ausgebildeten Soldaten gegenüberstehen? (Oho! Rufe.) Mit der Redensart: Einer für alle und alle für einen! jagen Sie nicht einen einzigen bewaffneten Franzosen aus dem Lande. Ich wiederhole, das ist jetzt eine absolute Unmöglichkeit ist, überhaupt daran zu denken, irgendwo in einem großen Staate einseitig das Milizsystem einzuführen, und wenn Herr Hug sagt, die Diplomaten sollten dafür sorgen, daß eine internationale Festschließung dahin getroffen wird, daß die Friedenspräsenzstärke jedes Staates nur so und so groß sei, wie denken Sie sich denn das, wenn diese internationale Vereinbarung nicht so Stande kommt und wenn ein Staat sagt: Nein, Ratt der Hunderttausend, die du mir zubistierst, will ich zweihunderttausend Mann halten, du bist dich nicht in meine Schlingen einmengen. Wer wird dann Schiedsrichter sein? (Hug: Die Gewalt!) Und dann haben Sie den Krieg! (Bravo!) Ich habe schon vorhin gesagt: In einem organisierten Staatesystem, das sich entwickelt und weitere Kulturaufgaben vor sich hat, ist es eine Unmöglichkeit, die Lasten zurückzuführen, sich hat, ist es eine Unmöglichkeit, dieselben richtiger zu verteilen. — Nun zu den Einjährig-Freiwilligen. Die ersten sind ein altes überkommenes und historisch begründetes Institut aus den Freiheitskriegen. Ich halte es in der heutigen Zeit nicht mehr für richtig und glaube, daß wir mit der Zeit zu einer Abschaffung kommen werden, denn es entspricht tatsächlich

nicht dem liberalen Begriff der Durchführung der allgemeinen und gleichen Wehrpflicht. Heute aber darauf zu brücken, daß es abgeändert wird, ist vollständig deplaziert, dazu werden wir später noch Gelegenheit haben. Die Ersatzreserve will ich auch nicht aufrecht erhalten. Ich halte dieselbe für einen kleinen Notbehelf, den man ergriffen hat, zu einer Zeit, als man glaubte, mit einer Mehrforderung nicht durchbringen zu können. Ich halte sie militärisch für nicht richtig, eher für schädlich wie nützlich, weil der Ausbildungszentrum nicht entspricht der Masse von Arbeit, welche angewandt wird und dem anderen Material für die Ausbildung entzogen wird. Es soll also die Ersatzreserve aufgehoben werden und darin ist die Differenz, welche Herr Hug zwischen meinem Standpunkte und dem des Herrn Richter kontruiert. Von dieser Seite wird gesagt, die Differenz betrage nur 11,000 Mann Rekruten mehr. Nein, es kommen noch 17,000 Mann Ersatzreserve dazu. Diese 17,000 müssen umgewandelt werden zu zweijährigen Dienenden. Rechnen Sie diese mit, so haben Sie eine Differenz von 17,000 + 11,000. Es wird dann weiter gesagt, die zweijährige Dienstzeit sollte eine Entlastung sein, sie habe sich aber herausgestellt als Belastung. Meine Herren, die Einführung der reinen zweijährigen Dienstzeit würde auch keine Belastung sein. Da aber zu gleicher Zeit die Regierung auch eine Minderung in der Organisation und eine Vermehrung der Etats für notwendig gehalten hat, um die Qualität aufrecht zu erhalten, so können Sie diese Vermehrung der Friedenspräsenzstärke nicht à conto der zweijährigen Dienstzeit rechnen. Das ist eine Frage, die nebenbei läuft. Der Militarismus, das ist auch aus jener Worte, mit denen in letzter Zeit gearbeitet worden ist. Die Vermehrung des Heeres hat mit dem Begriff Militarismus nichts zu thun, denn dann würden Sie ja auch sagen müssen: durch das Milizheer, das eine noch viel größere Last einstellt, würde ein Wachsen des Militarismus entstehen. Ich gehe vollständig zu, daß in langen Zeiten des Friedens gewisse Auswüchse in der Sonderklasse des Heeres hervortreten und ich bemühe mich lebhaft, derartige Auswüchse zu mildern, weil für mich das Heer nicht ein von der Masse des Volkes abgesondertes Glied ist, sondern nichts weiter als das Volk selbst in Erfüllung einer bestimmten Pflicht; und daß ich der Ansicht bin, daß es nicht anders behandelt werden darf in einem augenblicklichen Verufe als nach den Rechten, die im allgemeinen festgestellt sind, das bedarf von mir keiner Erklärung. Auch denjenigen, welche dienen, muß das gleiche Recht gewahrt bleiben bis auf diejenigen Einschränkungen, welche unbedingt nötig sind für die Aufrechterhaltung der Disziplin und zur Ausbildung zum Soldaten. Das Militärantwärterswesen ist hier besonders betont worden. Ich gehe vollständig zu, daß bei einer großen Anzahl bürgerlicher Wehrherren eine große Menge früherer Unteroffiziere ihre Civilversorgung bekommen. Die Civilversorgung, wie sie augenblicklich kontruiert ist, ist noch das Billigste, was wir zur Erhaltung des Heeres haben. Wenn Sie dem Unteroffizier die Aussicht, daß er nach einer langen Reihe von Jahren eine möglichst gesicherte Lebensstellung erhält, entziehen, so ist das gerade, als wenn Sie einem Beamten, der sich kein Geld weiter erwerben kann, als was er spart, dieses Geld entziehen; denn sonst müssen Sie ihm während der zwölf Jahre einen solchen Zuschuß zu seinen Emolumenten geben, daß er nach seinem Abgang im Stande ist, sich ein neues wirtschaftliches Leben gründen zu können. Die Kosten, welche dadurch entstehen, sind sehr viel bedeutender, als man annimmt. Sie haben schon gesehen, wie die Einführung der Unteroffiziersprämien um mehrere Millionen den Etat belastet. Wollen Sie aber ein vollständiges Prämienystem einführen, das von Jahr zu Jahr sich steigert, so kommen Sie auf eine so große Belastung des Militärbudgets, daß Sie dann wieder nicht zufrieden sein würden. Sie müssen mit den Tatsachen rechnen, wir haben heute kein Milizsystem, wir müssen unsere Unteroffiziere so stellen, daß sie möglichst lange bleiben. Der Weg ist vollständig gebahnt, aber ohne Geld ist nichts zu machen. Wir kommen auf den ewigen circulus vitiosus ... (Große Unruhe.)

Vorsitzender: Hören Sie den Redner doch ruhig an, wie Sie Herrn Hug angehört haben.

Hingé: Wenn Ihnen zu langweilig wird, was ich sage, dann hat jeder einzelne das Mittel in der Hand, den Schluß für seine Person herbeizuführen, wenn er mir nicht mehr zuhören will. (Heiterkeit.) Dann hat Herr Hug das allgemeine Wahlrecht als gefährdet hingestellt und hat speziell betont, daß meine Waffenbrüderschaft mit den Nationalliberalen mich verdächtig mache. Ich bitte mir nachzuweisen, daß an irgend einer Stelle ein Nationalliberaler von irgend welcher Bedeutung am allgemeinen Wahlrecht gerüttelt hat. Ich gebe vollständig zu, daß die Konserverativen das in ihren Gedanken haben und auch schon zum Ausdruck gebracht haben, aber zwischen diesem Wunsch und der Erfüllung dieses Wunsches liegt noch ein weiter Weg. Und dazu sind mir alle geeint, Nationalliberale und Freisinnige, um einen ordentlichen Riegel vorzuschieben. (Unruhe.) Wenn Sie es nicht glauben, so ist das Ihre Sache, ich lasse mich darin nicht irre machen, weil ich glaube, die politische Welt etwas näher zu kennen; und wenn ich mit den Nationalliberalen und Konserverativen zusammengehe zur Erreichung dieses einzigen Zieles, so werden Sie doch nicht glauben, daß ich irgend welche Neigung zum Konserveratismus habe. Da steht ein Messer davor, über dessen Schneide man nicht gehen kann, ohne gestochen zu werden. Den Kampf gegen diesen reaktionären Streich, der kommen könnte, den werde ich, wenn die Waffenbrüderschaft zwischen National-

liberalen und Deutschfreisinnigen geschlossen wird, mit großem Vergnügen aufnehmen und wir alle werden sehr tapfer sein, und das allgemeine Wahlsrecht wird nicht gefährdet werden. Wenn ich nicht praktisch die Gelegenheit ergriffen habe, um die jährliche Legislaturperiode auf eine jährliche zu verkürzen, so habe ich schon gesagt: ich halte die Auflösung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für richtig nach außen hin, weil da der Schein erweckt werden könnte, als wolle das deutsche Volk seine volle Weisheit nicht aufbieten und weil ich den Frieden halten will, da Erscheinungen im deutschen Volk hervorgetreten sind, von denen ich wünsche, daß sie Zeit haben zum Abheben. Mit dem Antisemitismus in den Wahlkampf zu gehen, halte ich nicht für richtig, darum wollte ich den Wahlkampf vertagt wissen. Ich fürchte mich nicht vor jährigen Legislaturperioden; je öfter das Volk gefragt wird, desto besser kommt seine Meinung zum Ausdruck. Aber jetzt halte ich es nicht für richtig, und deswegen scheue ich mich nicht ausgesprochen zu haben, daß ich diesen Wahlkampf nicht gern sehe. (Beifall.)

Vorsitzender: Herr Kaufmann Weser hat das Wort. (Beifall.)

Kaufmann Weser (von Rürmischem Beifall begrüßt): Verehrte Anwesende, ich danke Ihnen für den Beifall, der mir gesollt ist. (Heiterkeit.) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will. (Heiterkeit.) Viele werden von mir gehört haben, daß ich abgemerkt bin aus der freisinnigen Partei. Meine Herren, es ist mir nicht leicht geworden, von langjährigen Bekannten und Gesinnungsgenossen mich zu trennen, es ist mir schwer geworden, glauben Sie das sicherlich; denn Freunde zu erwerben ist nicht leicht, aber die dringende Notwendigkeit hat mich dazu gezwungen. Ich bin derjenige, das will ich öffentlich bekennen, der Ihnen Richter für unseren eprotesten Führer in Deutschland hält, worauf wir stolz sein können, und ich habe das Vertrauen auch zu vielen Mitbürgern in Oldenburg, daß Sie meine Ansicht billigen werden. Herr Hingeb sagte, er kenne die Oldenburger. Wir sind stolz auf unsere Nationalität. Wir haben viele unter uns, die leider keine Kandidatur annehmen können, die sich aber ihrer nationalen Ehre bewusst sind. Glauben Sie sicherlich, es ist einem wehe, wenn man als Oldenburger so verdrängt wird, wie Oldenburger sind bereit, für unser einziges Deutschland einzutreten, ein jeder nach seinen Kräften. Herr Jung hat mir vieles weggenommen. (Stürmische Heiterkeit.) Nehmen Sie es mir nicht für ungut, wenn ich das Wort nehme, es ist das erste Mal, daß ich vor einer so großen Versammlung rede, mache ich Fehler, so nehmen Sie Mitleid. Ferner meine Herren, glauben Sie sicherlich, ob Sie Bravo schreien oder lachen, ist mir vollständig gleichgültig. Ich weiß wohl, was ich will. Ich will das: Wir stehen vor einem Wahlkampf, der sehr ernst ist, von großer Bedeutung. Woher sollen die Deduktionsmittel kommen, wer will's bezahlen, der kann's bezahlen? (Heiterkeit.) Auf: Schluß! Ich will Ihnen das sagen: Im Reichstage haben sich die Freisinnigen und Nationalliberalen genähert, ich habe das mit Freunden begrüßt, nun ist unser bisheriger Vertreter gerade derjenige gewesen, der in erster Linie den Zwiespalt in diese Vereinigung hineingebracht hat. (Zuruf.) Wir ist ein nationalliberaler ephischer Patriot ebenso lieb wie ein freisinniger. (Zuruf, Glocke des Vorsitzenden.) Ich freue mich, daß Sie sich darüber amüsieren, daß ich den Mut habe, hier aufzutreten. (Bravo, Heiterkeit.) Ich schreie mit den Worten: Der Baum, er grünt, er blüht, er trägt Früchte. Wegen mir vorläufig herunterkommen auf eine geringere Anhängerschaft, aber ich glaube, der Baum wird noch Früchte tragen. (Bravo, stürmische Heiterkeit.)

Barth aus Oldenburg bleibt in seinen kurzen Worten unverändert.

Auf aus Oldenburg (Sozialdemokrat): Meine Herren, die Ausführungen, die heute Abend Herr Hingeb gemacht hat, waren sehr glänzend, und vortrefflicher hätten sie nicht sein können. Warum sie so glänzend gewesen sind, hat er bekundet, indem er sagte: er habe aus Überzeugung gehandelt, als er dafür stimmte. Ich kann Ihnen vor Augen führen, unser Exzellenz Bismarck hat auch aus Überzeugung gehandelt, als er die Emser Depesche unterschrieb, wodurch der 70er Krieg entstand. (Unruhe.) Herr Hingeb nimmt an, die 3 1/2 Millionen, die auf dem Papier ständen, wären wohl da, Frankreich habe 4 1/2 Millionen, aber er fügt nicht hinzu, ob das wahr ist. Voriges Mal, als Herr Hingeb hier war, wurden ihm drei Fragen gestellt, die letzte lautete: Wie sollen wir unsere Kinder erziehen, wo sollen wir die Mittel hernehmen? Er ging darüber hinweg. Wenn ich das bemerken will, sagte er, so muß ich einen ökonomischen Vortrag halten, der dauert wenigstens zwei Stunden. Jeder hätte annehmen müssen, er hätte sich wenigstens einmal die Zeit genommen, hier diesen Vortrag zu halten. Es geht aus seinem ganzen Benehmen hervor, die eigene Person spielt die Rolle, wie bei allen reaktionären Parteien. Ich glaube, daß er um kein Saar besser ist, als jeder Konfervative, er wird es beweisen. Ich beuge die Hoffnung mit Zuversicht, daß die Wählerliste von Oldenburg Herrn Hingeb den Abschied geben wird. (Stürmische Unruhe.)

Vorsitzender: Wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, so lassen Sie mich den Ausdruck geben, daß, wie auch Herr Hingeb über die Militärvorlage denken mag, jeder zugeben wird, daß er bei seiner Abstimmung seiner gewissenhaften Überzeugung gefolgt ist. (Bravo.) Den freisinnigen Gruppen lege ich aus Herz, ob sie nicht bedenken wollen, das Verbindende mehr im Auge zu behalten, als das Trennende, und ob sie nicht für Herrn Hingeb bei der Wahl eintreten wollen. Ich wünsche die Versammlung mit dem hergebrachten Ruf: Seine Majestät der Kaiser und das deutsche Reich, sie leben hoch, hoch, hoch! Die Versammlung ist geschlossen.

Die Sozialdemokraten verlassen unter großem Lärm und dem Abgehen der Arbeitermarzschalle den Saal.

Telegraphische Depeschen der „Nachrichten für Stadt und Land.“

HTB. Berlin, 23. Mai. Die Nachricht, der Kaiser werde vor den Rheinwäldern eine Rundgebung an das deutsche Volk richten, wird dementiert.

HTB. Brüssel, 23. Mai. Bei dem hier tagenden Arbeiterkongress vertreten 62 Delegierte 10,940,000 Arbeiter aller Länder.

HTB. Rom, 23. Mai. Die Kabinettskrisis (siehe unter Ausland) dauert fort. Barnabelli lehnte die ihm übertragene Kabinettsbildung ab.

HTB. Roubaix, 23. Mai. Bei der Revue der zum Kongress versammelten Feuerwehre riefen die anwesenden Sozialisten: Es lebe Preußen! Die Kasse ist sonst ungehört.

Politischer Tagesbericht. Deutsches Reich.

Berlin, 23. Mai.

— Ein parlamentarischer Berichterstatter selbst, daß eine „außerordentliche Rundgebung“ an das deutsche Volk kurz vor dem Wahltermin in der Form eines Auftrages des Kaisers in seiner Eigenschaft als Bundesoberherr erfolgen solle. Wir glauben, daß diese Werbung mit Vorsicht anzunehmen ist.

— Wie wir schon telegraphisch gemeldet haben, wird, entgegen anderen Meldungen, berichtet, daß der Kaiser am 29. Juni die projektirte Seereise antreten wird. Ob die sich bis zum 21. Juli erstreckende Reise nach dem Nordkap führen oder auf die Ostsee sich beschränken soll, ist noch ungewiß.

— Zur Wahlbewegung. Nach der „Schief. Volksztg.“ haben die Vertrauensmänner der schließlichen Centrums-partei beschloffen, daß man den Kandidaten in der Militärfreie Hand lassen müsse. Die „Germania“ meldet dagegen: „Der Beschluß der Vertrauensmännerversammlung der schließlichen Centrums-partei lautet: „Die Verammlung der Vertrauensmänner beschließt, einen besonderen Wahlausruf für Schlesien nicht zu erlassen, sondern den Aufruf der deutschen Centrums-partei zu dem Ichigen zu machen und auf Grund desselben die Kandidaten aufzustellen.“ — Die national-liberale Partei Halle-Saalekreises beschloß, einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen, sondern die liberale Kandidatur Alexander Meyers zu unterstützen, um neben der Sicherung der Militärvorlage die sozialdemokratische Kandidatur erfolgreich besetzen zu können. — Die Zahl der bisher von der freisinnigen Vereinigung aufgestellten Kandidaten beläuft sich bis jetzt auf ungefähr 40, diejenige der freisinnigen Volkspartei auf 69.

— Die freisinnige „Nation“ bringt einen sehr verständigen Artikel über das Thema „Liberalismus und Militärvorlage.“ Es wird darin ausgeführt, daß der Liberalismus aus Militärschulden stets geschwächt hervorgegangen ist; daß die Formel der Innehaltung der gegenwärtigen Prämissen sich weder zu einem Parteibogma eigne noch eine zuträffliche Wahlparole sei; daß sich in der Beurteilung der Militärvorlage ein stichtlicher Umsturz in der Politik, bei denen so wichtige Grundgesetze ins Spiel kommen, daß jede Konzeption Selbstmord ist. Solche Fragen eignen sich zu einem Widerstande bis aufs Äußerste. Aber bei einfachen Grundrechtsfragen sind alle begleitenden Umstände zur Erwägung mit heranzuziehen. Hier soll man nicht von einer politischen Charakterprobe reden, hier ist die einfache Abwägung des Erreichbaren unerlässlich. Der entschlossene Liberalismus kann keine lebendige Kraft im politischen Leben Deutschlands werden, ohne daß er auch diese Regel beachtet.

— Fürst Bismarck wird auf Anraten des Professors Schwemmering auch in diesem Jahre wieder eine Kur in Riffingen durchmachen.

— Ueber die Wahlbewegung in Berlin und die Lage der Dinge dahier wird der „Frl. St.“ von dort geschrieben: „Unter fünf Kandidaten wird es in seinem Berliner Wahlkreise abgehen, und gerade in Berlin wird sich zeigen, wie falsch es vom freisinnigen Standpunkt aus wäre, die Militärvorlage zur ausschließlichen Wahlparole zu machen. In den nächsten Wochen wird man täglich von so und so viel großen Wählerversammlungen hören, in denen jedesmal mehrere tausend Mann siegesbewußte Resolutionen fassen. Ich habe immer das Gefühl, daß gerade in Berlin sehr viel Mühe im Wahlkampf nutzlos vergeudet wird, denn Alles, was hier die Versammlungen fällt, gehört schon fest zu einer bestimmten Fagene und läßt sich allenfalls noch begreifen, aber nicht mehr überzeugen. Schließlich hat die große Reichshauptstadt mit ihren mehr als 1,800,000 Einwohnern nur sechs Mandate zu vergeben, hat 16, die ihr eigentlich zukämen, und von diesen sechs Mandaten sind überhaupt nur vier freitig. Berlin wird bei dieser Wahl nur 400,000 Wähler haben, bei der letzten Wahl vor drei Jahren waren es 352,723, und die Stadt ist inzwischen sehr gewachsen. Im ersten Wahlkreis, der damals 104,409 Wähler zählte, wurde Niebuhr sofort mit 42,274 Stimmen gegen 10,836 konervative und 14,195 freisinnige gewählt. Im vierten ging Singer bei einer Wählerzahl von 89,280 mit 40,709 Stimmen gegen 14,267 freisinnige durch. Ueber diese beiden Wahlkreise ist eben weiter gar nicht zu reden, sie gehören der Sozialdemokratie. Es ist möglich, daß ihr diesmal noch zwei weitere anheimfallen. Im zweiten ist Birgow erst in der Stichwahl mit 24,965 gegen 23,381 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden; er hatte im ersten Gange 18,245, der Sozialdemokrat 20,226 und ein Konfervativer 14,155 erhalten. Der riesige Wahlkreis ist in seinen Außenbezirken nach Schöneberg und der Hagenheide hin stark gewachsen,

meist zu Gunsten der Sozialdemokratie. Die Sache steht, falls Birgow in die Stichwahl kommt, und wenn man nur die Militärvorlage als Parole gelten lassen wollte, nicht günstig für ihn. Nicht besser steht es im dritten Wahlkreise aus. Mundel erhielt 11,566, ein Sozialdemokrat 12,287, einige hundert konervative und Centrumsstimmen führten die Stichwahl herbei, und darin siegte Mundel mit 13,637 gegen 12,945 Stimmen. Viel geändert hat sich in diesem Kreise inzwischen nicht. Der erste Wahlkreis, das Zentrum der Stadt, nimmt an Wählern ab, er gilt für den sichersten Sitz der Freisinnigen. Vor drei Jahren wurde dort Träger, aber auch erst in der Stichwahl, gewählt, es standen dort 6674 freisinnige Stimmen gegen 4688 konervative und 3588 sozialdemokratische, und im fünften erhielt Baumhach 10,059, der Konervative 4324, der Sozialdemokrat 7234; erst in der Stichwahl siegte Baumhach mit 11,502 gegen 8701. Man sieht, es steht nicht allzu günstig um die Sache des Freisinn in Berlin, er vermag hier durchaus keine Spaltung, und die Militärvorlage ist als alleinige Wahlparole hier weniger angebracht als irgendwo; denn sie kommt dem gefährlichsten Gegner, der Sozialdemokratie, in gleichem Maße zugute.“

Ausland.

Italien. Die italienische Deputiertenkammer hat in ihrer Sitzung am Freitag voriger Woche mit 139 gegen 138 Stimmen das Justizbudget in seiner Gesamtheit abgelehnt, nachdem zuvor die einzelnen Artikel angenommen worden waren. Infolge dieser Abstimmung berief der Konseilpräsident Giolitti den Ministerat noch am demselben Abend zu einer Sitzung und am Vormittag des folgenden Tages, am Sonnabend, überreichte Ministerpräsident Giolitti dem Könige das Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums. Der König befiel sich weitere Entscheidungen vor und konfertierte am Sonnabend Nachmittag über die parlamentarische Lage zuerst mit dem Präsidenten des Senats und hierauf mit dem Präsidenten der Kammer. — Ministerpräsident Giolitti teilte darauf in der Deputiertenkammer die Demission des Kabinetts mit und bemerkte, daß die Minister zur Erledigung der laufenden Geschäfte vorläufig im Amte bleiben würden. Giolitti bat die Kammer, im Interesse des ungehörigen Fortganges der Verwaltungsgeschäfte die Beratung der einzelnen Budgets fortzusetzen und die Bewilligung derselben lediglich als administrative Maßnahme zu betrachten. Die Deputiertenkammer genehmigte nach kurzer Debatte mit sehr großer Majorität den Antrag Giolittis auf Fortsetzung der Budgetdebatte. Gegen Ende der Sitzung erklärte der Minister des Auswärtigen, Brin, dem Deputierten Bazzoli gegenüber, die Meinung der Kammer und des Landes habe die italienische Regierung zu wiederholten Malen zum Festhalten an der Politik des Dreibundes ermutigt. Er glaube, Bazzoli verfolge nicht patriotisch, indem er so heftig ein Bündnis bekämpfe, das Italien aus freien Stücken eingegangen sei und dessen Abmachungen es in lokaler Weise beobachtet hätte. Der Senat beschloß auf Verlangen Giolittis, die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände auszusetzen. — Die schwebende Kabinettskrisis scheint sich beruhigt zu haben, daß Giolitti und sämtliche Minister, außer dem Justizminister, auf ihre Posten zurückgekehrt. Der König konfertierte am 1. Pfingstfeiertag mit den Senatoren Perani und Saracco über die parlamentarische Lage. Nach solchen eingegangenen Depeschen ist die Kabinettsfrage noch nicht gelöst. Der König hat sich weiter mit mehreren politischen Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt, um über die parlamentarische Lage zu sprechen.

Großbritannien. Der Ausbruch der Doarbeit in Hull hat nimmer durch einen glücklichen Vergleich, auf Basis des status quo ante, seine Beendigung gefunden. Die unabhängigen Arbeiter wurden entlassen, wegen die unionistischen Arbeiter heute, Dienstag, die Arbeit wieder aufnehmen. Dagegen sind die Matrosen und Geier noch immer ausständig.

Rußland. Ein politisches Blatt, der „Dien. Boj.“, bringt die sensationelle Meldung, in Petersburg sei das Gerücht verbreitet, daß der Zar an Krebs erkrankt sei. — Eine Befestigung von anderer Seite liegt nicht vor.

Serbien. Am Freitag hat in der Nähe der alten Trojans-Gräber zwischen Turnseverin und Brespalanka die Begegnung des jungen Königs von Serbien und der Königinmutter Katala stattgefunden. Beide Dampfer klopften mitten in der Donau. König Alexander befand sich in feierhafter Erregung und mußte gewaltsam zurückgehalten werden, da er schon auf seine Mutter zustürmen wollte, bevor die Stege vorchristlichmäßig angelegt hatten; dann flog er der Königin entgegen und küßte sie mit thronendem Auge. Danach führte der König seine Mutter am Arm auf seinen Dampfer. Die Landung erfolgte in Kladovo, wo sich wenigstens gehntausend Personen am Empfang beteiligten.

Aus dem Großherzogtum.

— Der Reichstag ist am 23. Mai 1897 geschlossen worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 23. Mai 1897 geschlossen worden.

Oldenburg, den 23. Mai

* Zur Wahlbewegung wird der „Wol. St.“ aus dem zweiten Oldenburger Wahlkreise geschrieben: „Selber sind die Hoffnungen eines großen Teils unserer Wählerchaft nicht in Erfüllung gegangen. Ueber die Freisinnigen noch die Nationalliberalen konnten sich in ihren Parteiverfassungen entschließen, ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung als Reichstagskandidaten aufzustellen. In Barel ist jetzt seitens der Nationalliberalen der frühere Kandidat der Partei, Landmann Schröder-Morremoor, wieder aufgestellt. Das wird zur Folge haben, daß sich manche Anhängere der Wahl fernhalten werden, andere aber werden sich wieder dem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei zuwenden mit dem Gebanten, daß die Militärvorlage wohl eine sehr wichtige, aber doch nur eine der Vorlagen sein wird, die den Reichstag in den nächsten

 Landesbibliothek Oldenburg

Anzeigen.

Das an der Auguststraße sub Nr. 21 belegene zweistöckige **Wohnhaus** mit großem Garten habe mit Antritt zum 1. Novbr. er. preiswert zu verkaufen.

Nähere Auskunft erteilt

S. Hasselhorst,
H. Kirchenstraße Nr. 9.

Zu verkaufen ein am Damme hier selbst belegenes

Wohnhaus

mit Hofraum, passend für einen Handwerker.

E. Menner, Müller, Bergstr. 5.

Um Zertümer zu vermeiden, teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, daß ich mein Geschäft in unveränderter Weise fortführe, es soll mein Streben sein, durch saubere und prompte Bedienung mir das Vertrauen meiner geehrten Kunden zu erwerben.

Bernhard Harms,
Friseur.

Oldenburg, Sandstraße 28.

Regelbahnen

empfehle eine neu konstruierte, mit neu-silbernen Parabolspiegel versehene Laterne. Dieselbe erleuchtet die ganze Bahn, ist windfester und verbrennt pro Stunde für $\frac{1}{4}$ Pf. Petroleum.

W. Tebbenjohanns,

gegenüber dem Rathhause.

Oldenburg. Zu verl. Ein Hund, 12 W. alt, blaue Umerdunge. **W. Schürmann.**

W. Groenke, Gaffstraße Nr. 3,
Friseur und Perrückenmacher.

Für eine Familie in Manchester, deren Frau Deutsche ist, wird ein besseres

Kinderermädchen,

welches auch gut nähen kann, auf 1. Juli gesucht. Anfangs-Gehalt 200 Mk. jährlich. Meldungen an

Arthur Wood,
Manchester (England), Newtonstr. 50.

Für Südamerika.

Gesucht eine perfekte Köchin oder jüngere Kochfrau oder Wamsell, um im Juli für 3-5 Jahre mit nach den La Plata-Staaten zu gehen. Das Klima ist sehr gesund. Gehalt je nach der Persönlichkeit 500 bis 600 Mark pr. Jahr.

Frau Gustav Zahnen,
Bremen, Rohlfischstraße 31.

Magenleidende

vertragen
als
Frühstück
am
besten



Kneipp's
Kneipp-Malz-Kaffee
besitz Kaffeezusatz.
PATENT

Unterziehezeuge

in Halbseide, Merino u. Baumwolle für die jetzige Saison.

Herren-Socken, Damen und Kinderstrümpfe

garantiert luft- und waschecht empfiehlt

A. Michels,

42, Haarenstraße 42.

Viele Mädchen auf sofort und später

sucht **Wm. Nachwey.**

E. G. Büsing, Hofsampnenfabrikant.



Größtes Etablissement

für komplette Kücheneinrichtungen.

Vollständige Aussteuer

von 75-1500 Mk. liefert franko jeder Bahnstation Deutschlands.

Musterstücke ausgestellt.

Lampen u. Beleuchtungsgegenstände.

Neuheiten in Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenken in jeder Preislage.

Spezialität: Eisschränke, Fliegenschränke, Wasch- und Wringmaschinen.

Preislisten gratis und franko.

Streichfertige Selsarben,

Trockene Malerfarben, gelochtes Leinöl, Terpentinöl, Siccatis, alle Sorten Lacke, Bronzen, Polituren und Beizen.

Fussbodenöl und Fussboden-Glanzlacke

mit und ohne Farbe, Anilinfarben und Aufbrennfarben, sämtliche Pinsel und alle Malerei-Artikel empfiehlt billigst

Ernst Klostermann,

Stachstraße 23.



G. Hohorst, Zwischenahn,

empfeilt

in großer Auswahl und allen Größen:

Fertige Herren-Bucksfin-Jackets, Westen, Hosen, Westen.

Gute haltbare Bucksfin-Anzüge für Herren schon von 20 Mark an.

Fertige Knaben-Anzüge.

Fertige Arbeiter-Hosen.

Arbeiter-Hemden u. Kittel.

Musverdingung.

Die Lieferungen und Arbeiten zu der Herstellung der Gähle durch die Chauffee bei Tugeln sollen am Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 5 Uhr, in Büttner's Wirtshaus daselbst öffentlich mindestens fordernd ausverdingungen werden. Der Vorhand. E. Thies.

Rover mit Hohlreifen, ganz neu, total unter Preis. Offerten R. H. 18 postlagernd Oldenburg.

Feinkster
Deutscher

Medicinal-Cognac.

garantiert
Deffillat.

Aerzt. empfohlen.

Große Flasche nur 2.10.

Alleinzu haben bei G. Fischer, Oldenburg.

Bad Wildungen.

Hôtel Kaiserhof.

Table d'hôte. Pension.

Georg Eiben.

Stahlpanzer-Geldschränke,

feuer-, fall- und diebstahlsicher, empfiehlt sehr

preiswert

J. C. Behold, Geldschrankfabrik,

Magdeburg, Knochenhauerufer 19.

Heiligengeiststraße 24.

Neue Zwiebeln, gute mürbe. Kohende Erbsen u. Bohnen à $\frac{1}{2}$ kg 12 S., ammerl. Eied und Blumen

empfeilt **J. D. Willers.**

3.20 Met. schwarz od. blau Cheviot

zum Herren-Anzug verwendet franko gegen

Nachnahme für Mk. 10.— die Nachfabr.

Aug. Decker,

Köln a./Rh., Gereonskloster 32.

Theer und Carbolinum

bei Fäulern und Kleinstücken empfiehlt billigst

S. Duten, Stau 10.

Strümpfe u. Socken,

für jede Jahreszeit passend.

W. Weber, Langestraße 86.

Grosses

Preis- u. Konkurrenz-

Regeln

am Sonntag, d. 28., Montag,

d. 29., Dienstag, d. 30. Mai,

auf zwei neu gelegten Bahnen bei

H. Haake,

Bahnhofstr. Nr. 10.

Es gelangen nur Geldpreise zur Verteilung.

S. Hahlo.

Weißwaren- und

Aussteuer-Geschäft.

Fertige Damenwäsche

in jeder Preislage.

Anfertigung

von Manchetttenhemden.

Bettfedern u. Dammern.

Annahme

ganzer Aussteuer

unter Garantie der Haltbarkeit.

S. Hahlo.

Gardinen

in weiss u. crème

besonders preiswert.

S. Hahlo.



Zum Wohle d. Menschheit!

Bisher auch nicht annähernd erreicht. Alle

Fußleiden veraltete Krampfadern, langjährige Fiechten, veraltete Geschlechts-

krankheiten heilt gründlich und schmerzlos unter

schifflicher Garantie billigst. Brieflich mit dem-

selben Erfolge. **Franz Jekel, Rzeslau,**

Neuborstraße 3.

Zu belegen. Auf sofort 3 mal

1500 A., 2000 A., 3000 A.,

4000 A. und 8000 A., per 1. Juli d. J.

12 000 A. und per 1. August d. J. 4000 A.

J. M. Calberia.

Kleinbahn

Oldenburg-Friedrichsfehn.

Personen-Beförderung.

Abfahrt von Oldenburg:

normtag nachm.

Sonntag 5 Uhr 30 Min., 11 Uhr, 3 Uhr,

Mittwoch 5 " 30 " 2 "

Sonabend 5 " 30 " 2 "

Abfahrt von Friedrichsfehn:

Sonntag vorm. 7 Uhr, nachm. 1 Uhr, 7 Uhr,

Mittwoch " " " 7 " "

Sonabend " " " 7 " "

Extrafahrten nach Vereinbarung.

„Odeon.“

Ersten b. Oldenburg.

Täglich:

Große

Künstler- u. Spezialitäten-

Vorstellung.

Anfang an den Wochentagen um 8 Uhr,

Sonntags um 7 Uhr. — Entree 30 Pf.,

reduzierter Platz 50 Pf.

Hierzu ladet ergebenst ein

die Direktion.

Bürgerfelder Turnverein.

I. Stiftungsfest,

bestehend in

Schauturnen u. Ball,

am Freitag, den 9. Juni 1893,

in A. Kleck's Gasthof (zur Erholung.)

Anfang 8 Uhr.

Es ladet freudl. ein Der Vorstand.

Ofen.

Am Sonntag, den 28. Mai:

Gartenkonzert u. Ball,

wozu freundlichst einladet **Wm. Selmers.**